Nr. 303. Halle (Saale), Sonnabend, den 28. Dezember 1918. 29. Jahrg.

Bezugspreis: Monatl. 1,20 Mk. frei Haus, bei Postbezug ab Postamt monatlich 1,20 Mk., vierteljährl. 3,60 Mk. Für Zustellung durch Postboten monatlich 14 Pfg., vierteljährl. 42 Pfg. Bestellgebühr extra.
Erscheinungsweise: Jeden Werktags, nachmitt.
Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Harz 42-44. Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags. Fernsprechanschluß Nr. 1047. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 161..

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Die siebengespaltene, 29 mm breite Kolonelzeile kostet 45 Pfg. Der Preis für die 82 mm breite Reklamezeile beträgt 1,50 Mk.
Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher erbet.
Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernsprechanschluß Nr. 1045. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags. Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag, Fernspr. Nr. 1047.

Drängende Entscheidung: Rechts oder Links!

Das Volk heischt Antwort!

Die deutsche Revolution steht in der schwersten Krise, die bisher über sie hereinbrach. Das war vorauszusehen, denn die revolutionäre Herrlichkeit der Rechtssozialisten Ebert-Scheidemannscher Richtung war von vornherein nicht weit her. Jetzt ist sie völlig verpufft — und nun muß entschieden werden, ob die Revolution unter alleiniger Verantwortung der Unabhängigen Sozialdemokratie

bis zur sozialen Revolution fortgeführt

oder ob sie durch die Scheidemannsche „Sozialdemokratie" versandet und verbürgerlicht werden soll. Die letzten blutigen Kämpfe in Berlin haben den Entscheidungstermin beschleunigt. Für die Befehle zum Schießen auf die Matrosen tragen Ebert-Scheidemann-Landsberg die Verantwortung. Das vergossene Blut wird zu ihrem Ankläger. Soll dieser Weg weiter verfolgt werden? Die rechtssozialistische und vor allem die bürgerliche Presse schreit Ja! Die Regierung solle endlich die starke Hand zeigen, die alle demokratischen Regungen der Massen niederhält, sei es auch durch Gewalt und Blut. Eine „kraftvolle Reichsleitung" sei das Gebot der Stunde.

Unsere Genossen in der Regierung, die Haase, Dittmann, Barth, dürfen und können auch nicht den leisesten Schimmer von Verantwortung für das letzte Blutvergießen übernehmen. Ihre Hände sind rein, sie haben von den Befehlen zum Schießen nichts gewußt. Das ist selbstverständlich. Aber das genügt nicht. Sie müssen auf Klarheit dringen und die Ebert, Scheidemann, Landsberg vor die Entscheidung stellen. Entweder eure Taktik oder die unsere! Wenn eure — dann tragt die Verantwortung allein, wenn unsere — dann hinaus mit euch. Aber so wie bisher kann es nicht weitergehen.

Nicht nur die letzte Blutorgie zwingt zur Entscheidung. Nein, sie ist nur eine der Fragen, über die Klarheit geschaffen werden muß. Die andern sind ebenso wichtig, ja ihre Verschleppung ist die Ursache zu dem Blutvergießen. Der Rätekongreß hat beschlossen, die Kommandogewalt der Offiziere und überhaupt ihre äußeren Offiziersabzeichen abzuschaffen. Warum hat das die Regierung nicht durchgeführt? Diese Befehlsgewalt der Offiziere verschuldete die letzten Kämpfe. Die Berliner Presse meldet, Ebert, Scheidemann, Landsberg widersetzten sich der Abschaffung der Kommandogewalt und versuchten immer wieder, die Entscheidung der Frage zu verschleppen. Warum? Wollen sie in den Offizieren zuverlässige Werkzeuge behalten, durch die man Befehle zum Schießen aufs Volk erlassen und durchführen kann? Es ist die höchste Zeit, daß hier Klarheit geschaffen, daß hier reiner Tisch gemacht wird.

Und wie steht es mit der Sozialisierung? Der Rätekongreß hat einstimmig beschlossen, die Vergesellschaftung der Bergwerke sofort in Angriff zu nehmen. Seitdem ist es stille geworden. Der Rat der Volksbeauftragten läßt nichts verlauten. Wird auch diese Frage verschleppt?

Heute soll der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte tagen, der bekanntlich nur von „Mehrheitssozialisten" besetzt ist. Er muß zu einer Entscheidung veranlaßt werden, wenn nicht von der Richtung Ebert, so von der Richtung Haase. Wie er beschließen wird, läßt sich nach seiner Zusammensetzung voraussehen. Die „Mehrheitssozialisten" sind hier die stärkeren, aber ob sie die Volksmassen hinter sich haben oder sie für ihre Taktik gewinnen können, das ist eine andere Frage. Selbstverständlich muß es sein, daß unsere drei Genossen im Rate der Volksbeauftragten ihre ganze Macht für den konsequenten Sozialismus und die entschiedene Weiterführung der sozialistischen Revolution einsetzen — und nur weichen, wenn all das scheitert. Die Proletariermassen stehen hinter ihnen, des können sie gewiß sein. Das schaffende Volk wird sich seine Revolution nicht umbiegen und stumpf machen lassen, sondern sein Alles für Weitertreibung der Revolution einsetzen.

Die ganze Situation hat sich zugespitzt, alle Faktoren drängen nach klarer Entscheidung. Sie muß recht bald erfolgen, sonst steht alles auf dem Spiele.

*

Berliner Meldungen.

Berlin, 27. Dezember. (W. T. B.) Ueber den Verlauf der Auseinandersetzungen zwischen den beiden sozialdemokratischen Regierungsparteien war im Laufe des Tages nur wenig an positiven und zuverlässigen Informationen zu erlangen. Die Abendblätter geben aus sozialdemokratischer Quelle eine angeblich unbedingt zuverlässige Meldung wieder, wonach der Regierung authentisch mitgeteilt worden sei, daß die Spartakus-Gruppe beschlossen habe, so bald wie möglich, wenn angängig schon heute, die Volksbeauftragten zu stürzen und eine neue Regierung Liebknecht-Ledebour zu proklamieren. Nach derselben Meldung rechnen dabei die Spartakus-Leute auf die Unterstützung der gegen Ebert und Scheidemann erbitterten Matrosen und großer Teile des Sicherheitsdienstes. Die für heute nachmittag angesagt gewesene Kundgebungen der Mehrheitssozialisten, die auf einer Reihe von öffentlichen Plätzen stattfinden sollten, sind auf Beschluß der Parteileitung auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden. Das Abkommen zwischen der Volksmarinedivision und der Regierung, wonach das Schloß sofort von den Matrosen geräumt werden sollte, ist nicht erfüllt worden. Die Matrosen befinden sich noch immer im Schloß, wie im Marstall. — Im Abgeordnetenhaus, wo sich der Vollzugsrat für Groß-Berlin befindet, haben etwa 200 Angehörige der Volksmarinedivision die Wache übernommen.

Ebert will „zuverlässige Militärmacht".

Berlin, 28. Dezember. Die Voss. Ztg. meldet: Die Forderungen, die die Mehrheitsmitglieder der Regierung zu stellen beabsichtigen, wenn sie weiter im Amte bleiben sollen, gipfeln in der Sicherstellung einer unbedingt zuverlässigen militärischen Macht. — Das Berl. Tagebl. sagt: Da der Zentralrat durchweg aus Mitgliedern der alten Sozialdemokratie zusammengesetzt ist, so dürfte er prinzipiell bereit sein, den Wünschen Eberts, Scheidemanns und Landsbergs Rechnung zu tragen. Aus taktischen Gründen wird er aber wohl versuchen, noch einmal die Gegensätze zu überbrücken.

Der L. A. schreibt: Die gemeinsame Sitzung des Rates der Volksbeauftragten und des Zentralrates wird sich mit der formellen Frage beschäftigen, ob der Zentralrat die Aufbietung der Truppen gegen die Matrosen durch die drei Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann und Landsberg zu billigen gedenkt. Falls der Zentralrat diese Frage bejahe, werde ein Ausscheiden der Unabhängigen aus dem Kabinett für wahrscheinlich gehalten. Daraus wäre nicht ohne weiteres der Schluß zu ziehen, daß sie auch auf die Regierungsgewalt verzichten wollten. Es liege durchaus im Bereiche der Möglichkeit, daß sie versuchen werden, auf eigene Faust eine Regierung zu bilden.

Der Vorwärts verdreht wieder in altgewohnter Weise. Er sagt, die Unabhängigen kompromisselten mit Spartakus, der die nackte, zügellose Gewalt auf seine Fahne geschrieben habe. „Wenn die Unabhängigen aus der Regierung ausscheiden, was nach der Ankündigung der Freiheit als eine bevorstehende Tatsache anzusehen ist, so wird die nächste Folge sein, daß es im Hexenkessel Berlins noch etwas stärker rumoren wird." — Das ist der echte Vorwärts.

Der adlige Offizier herrscht weiter.

Berlin, 27. Dezember. General Lequis ist zu den Offizieren von der Armee versetzt worden, nachdem seine Aufgabe, die Truppen in Berlin einziehen zu lassen, erledigt ist. Damit ist das ganze Generalkommando Lequis aufgelöst. Ein Nachfolger ist nicht ernannt worden. Vielmehr hat der älteste hier anwesende General, Freiherr von Lüttwitz, ohne weiteres den Befehl über das Gardekorps übernommen.

Es bleibt also bei der Befehlsgewalt der Offiziere. Wieviel Blutopfer sollen noch fallen, ehe die Macht des adligen Offizierskorps beseitigt ist?

Die Stäupung des Vorwärts.

Die Empörung der Massen gegen die Hetzereien des Vorwärts hat zu der vorübergehenden Besetzung des Blattes getrieben. Nach Erteilung dieser Lehre bleibt die Redaktion selbstverständlich unbehelligt. Aber die revolutionären Vertrauensleute nageln die Schande der Vorwärtsredaktion am Kopfe des Blattes fest. Der gestrige Vorwärts enthält an der Spitze des Blattes folgende Erklärung:

„Die Versammlung der revolutionären Obleute und Vertrauensleute Groß-Berlins vom 26. Dezember 1918 hat volles Verständnis für den Groll der Arbeitermassen, der am 25. Dezember zur Besetzung des Vorwärts-Unternehmens geführt hat. Der ungeheuerliche Rechtsbruch, der vor zwei Jahren gegen die Berliner Arbeiterschaft begangen wurde, wird heute um so aufreizender von der revolutionären Arbeiterschaft empfunden, als der Vorwärts in der letzten Zeit in der schamlosesten Weise alle ehrlichen und entschiedenen revolutionären Kreise sowie die Volksmarinedivision beschimpft hat.

Die revolutionären Obleute halten daher die den Vorwärts-Leuten erteilte Lektion für wohlverdient. Aber sie hält das Vorgehen gegen den Vorwärts nicht für den gegebenen Anlaß, den umfassenden Endkampf gegen die offene und verkappte Gegenrevolution aufzunehmen.

Die Versammlung der revolutionären Obleute empfiehlt daher die Aufgabe der Besetzung des Vorwärts-Gebäudes. Sie verpflichtet sich, alle Kräfte einzusetzen, die revolutionäre Entwicklung weiterzutreiben und den Kampf für den Sozialismus zu Ende zu führen. In diesem Kampf ist selbstverständlich eingeschlossen der Kampf gegen die Regierung Ebert und deren Lakaien im Vorwärts.

Die Versammlung der revolutionären Obleute erkennt das Recht der Berliner Arbeiterschaft auf den Vorwärts an. Sie ist der Meinung, daß die Vorwärts-Angelegenheit in dieser revolutionären Epoche sofort vom Vollzugsrat der Groß-Berliner Arbeiterschaft in diesem Sinne geregelt werden muß.

Die revolutionären Obleute und Vertrauensleute der Großbetriebe Groß-Berlins."

Die Redaktion des Vorwärts macht dazu allerhand Ausführungen, die „beweisen" sollen, daß die Berliner Mehrheit den Vorwärtsraub billige, er also gerechtfertigt sei. Er wehrt sich gegen eine Entscheidung des Vollzugsrates in dieser Sache und sagt, daß er nur der Leitung der sozialdemokratischen Partei Scheidemannscher Richtung unterstehe. Der ganze Ton und die weiteren Artikel des Blattes zeigen, daß der Vorwärts weiter im Sinne der Dämpfung der Revolution schreiben wird. Von den Mehrheitssozialisten ist nichts anderes zu erwarten.

Verschiebung des int. Sozialistenkongresses.

Der Genosse Van Kol meldet aus dem Haag: Der internationale Sozialistenkongreß, der am 6. Januar in Lausanne tagen sollte, ist verschoben worden. Es ist beschlossen worden, ihn erst nach den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung stattfinden zu lassen.

Kein Parteitag.

Das Treiben der Spartakusleute.

Der Spartakusbund hat durch seine Rote Fahne dem Parteivorstande ein „Ultimatum" für Einberufung eines Parteitages zugehen lassen, der die Taktik der „Haase und Genossen" beseitigen und „reinen Tisch" mit der Regierung machen solle. Das „Ultimatum" schließt:

„Wir richten an den Parteivorstand der U. S. P. noch einmal die dringendste Forderung, für spätestens Ende Dezember einen Parteitag einzuberufen, der eine rücksichtslose proletarisch-revolutionäre Politik durchzusetzen und ein Gericht über alle diejenigen Mitglieder der Partei abzuhalten haben wird, die als Mitschuldige und Helfershelfer des Verrats an der Revolution und dem Sozialismus kompromittiert sind. Wir ersuchen um Antwort bis zum 25. Dezember.

Das Zentral-Sekretariat des Spartakusbundes
J. A.: W. Pieck."

In der Freiheit läßt dazu der Parteivorstand folgendes erklären: Das ist eine Kriegserklärung an die Partei, eine Kriegserklärung, die ausgeht von einer Gruppe, die ihre formale Parteizugehörigkeit nur benutzt, um die Partei von innen heraus zu unterhöhlen und zu sprengen. Der Zeitpunkt zur Sprengung erscheint ihr nun gekommen. Mit echt Wilhelminischer Schneidigkeit stellt sie ein 24stündiges Ultimatum an die Partei. Was nachher kommt ist der offene Bruderkrieg innerhalb der Partei, gestützt auf die fürsorglich zum 30. Dezember einberufene Reichskonferenz des Spartakusbundes.

Die Duldsamkeit der Partei gegenüber dem Treiben des Spartakusbundes hat dahin geführt, daß die Partei von einer Gruppe, die ein völlig gesondertes Dasein führt und von ihren Sonderbestrebungen keinen Hehl macht, mehr und mehr terroristisch wird. Das ist ein unhaltbarer Zustand, und es gibt wohl keinen Menschen in der Partei, der nicht gewünscht hätte, daß diesem Zustand ein Ende gesetzt wird. Der Ruf nach einem Parteitag kommt nicht nur vom Spartakusbund. Viele andere Genossen, denen es wirklich ernst ist um die Existenz der Partei, wünschten nichts sehnlicher, als endlich Klarheit zu schaffen über unsere Stellung gegenüber dem verwirrenden Treiben der Spartakusleute. Käme ein solcher Parteitag zustande, er würde zu einer ebenso eklatanten Niederlage der Parteizerstörer führen, wie die Generalversammlung von Groß-Berlin.

Leider stehen der Einberufung des Parteitages so große Schwierigkeiten im Wege, daß er in den nächsten Wochen unmöglich zusammentreten kann. Der Wahlkampf hat begonnen, jeder tätige Parteigenosse ist an seinem Orte unentbehrlich. Die Parteitagsverhandlungen würden zusammen mit den jetzt besonders schwierigen Fahrten 10—12 Tage in Anspruch nehmen. Das bedeutet, daß die tätigsten Genossen für die Hälfte der bis zum Wahltag verbliebenen Zeit der Agitation lahmgelegt werden würden. Es ist selbstverständlich, daß der Parteitag unmittelbar nach den Wahlen zusammentreten muß. In dem jetzigen Augenblick jedoch glaubt die Parteileitung die Verantwortung dafür nicht übernehmen zu können, daß durch die Einberufung eines Parteitages die Wahlkampagne geschädigt werde. Wir sind dessen sicher, daß zahlreiche Parteigenossen im Lande ihr zustimmen werden. Das Ultimatum des Spartakusbundes wird bei ihnen sicherlich nur den Eindruck verstärken, daß eine ersprießliche Zusammenarbeit mit ihm von ihm selbst unmöglich gemacht wird.

Der springende Punkt.

Die neue „deutsche demokratische Partei", eine Sammlung bürgerlicher Elemente, läßt ein Flugblatt an die Soldaten verbreiten, in welchem die bolschewistische Gefahr beschworen wird. Die Verführer sollen russische Bolschewisten sein, es wird aufgefordert, diese Elemente in ihre Heimat abzuführen. Worum es aber in Wirklichkeit geht, besagt folgender Satz: „Sie wollen den gesetzlichen Zustand verlängern und auf unsere Kosten gefährliche sozialistische Experimente machen".

Die pure Angst um den Geldsack spricht daraus. Mit den sozialistischen Experimenten ist nichts anderes gemeint, wie die Erfüllung des sozialistischen Programmpunktes auf Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Das Flugblatt ist ein Beitrag zum Betrug des Volkes um die Früchte seiner Revolution. Man will die Revolution zu einer bürgerlichen machen, obgleich sie von Sozialistenbetrieben durchgeführt wurde.

Arbeiter! Parteigenossen! Seid unermüdlich tätig für die Aufklärung der Soldaten und der noch Fernstehenden. Die große Umwälzung darf nicht nur die Wünsche des Bürgertums zur Erfüllung bringen und für die Arbeiterschaft im Sande verlaufen, wie es 48 war. Sie darf auch nicht nur eine Fortsetzung dieses sein, sondern sie muß darüber hinaus uns dem Sozialismus näher bringen. Sonst sind die Arbeiter genau wieder so verraten und verkauft wie vor 70 Jahren. Die Gleichberechtigung bei politischen Wahlen, ein wenig mehr Sozialreform genügen nicht. Es gilt die wirtschaftliche Befreiung von der Diktatur des Kapitals. Nur mit ihr werden wir die Fesseln los, die uns hindern, glücklich im freien Deutschland zu werden.

Der Sozialismus will die Einheit des deutschen Volkes. Zersplitterungs- und Losreißungsbestrebungen kommen von kapitalistischer Seite, die zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft lieber mit den ausländischen „Feinden" von gestern geht, wie mit freien Arbeitern und Volksgenossen im Inland. Der Sozialismus will den Frieden nach außen wie im Innern. Ihn stören wollen jene Kreise, die nach Art der baltischen Barone mit dem gegnerischen Einmarsch drohen für den Fall der Verwirklichung sozialistischer Ziele.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621918122 8-19/fragment/page=0001

Die deutsche Sozialdemokratie will den Ausbau der deutschen Republik, will Gesetzmäßigkeit, will Ordnung, will Demokratie. Ihre Tätigkeit in der Vergangenheit ist Sicherheit dafür. Das weiß alle Welt, das weiß auch das Bürgertum. Warum also die Verlästerung mit dem Bolschewismus? Weil man die kapitalistische Wirtschaft aufrechterhalten will. Wer läßt sich dafür einfangen? Keine der Ententeregierungen hat authentisch erklärt, sie wolle mit keiner sozialistischen Regierung verhandeln. Was darauf hinaus lief, waren kapitalistische Stimmen des Auslandes, die jetzt von den bürgerlichen Parteien in Deutschland eifrig für ihre Zwecke angeführt werden. Die Arbeiterschaft darf sich dadurch nicht täuschen lassen und sie muß der Täuschung der Soldaten entgegentreten.

Entscheidung der Entschädigung.

Staatssekretär **Erzberger** teilte in einem Vortrag in Berlin folgendes mit:

1. Es besteht vollkommene **Uebereinstimmung** zwischen Deutschland und sämtlichen Alliierten über die Frage der Kriegsschäden im weitesten Sinne des Wortes.
2. Die **unmittelbaren** Kriegskosten, die jede Nation angegeben hat, sind von dieser **selbst** zu tragen.
3. Alle **anderen Kriegsschäden**, soweit sie nicht ausdrücklich in dem erwähnten Notenwechsel angeführt worden sind, deckt gleichfalls jedes Land für sich selbst.
4. Deutschland ist zum **Schadenersatz** verpflichtet für die besetzten Gebiete in Belgien und Nordfrankreich.
5. Deutschland hat alle Schäden, die es durch seine Angriffe zu Lande, zu Wasser und in der Luft in diesen besetzten Gebieten der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügt, zu ersetzen. Die Frage, wie dieser Ersatz zu leisten ist, wird durch die Friedensverhandlungen geregelt. **Kriegsgefangene dürfen zur Leistung nicht verpflichtet werden.**

Die Polenfrage.

Wie die Deutsche Allgem. Ztg. erfährt, haben gestern zwischen Vertretern des Auswärtigen Amtes, des Kriegsministeriums, der Waffenstillstands-Kommission und anderen Behörden Beratungen über die Polenfrage zu einem Ausgleich zwischen den extremen Anschauungen, die über die gegen die Polen einzuschlagende Politik bestand, geführt. Von diesem Ausgleich erhofft man wenigstens für die nächste Zeit eine Regelung der wichtigsten Fragen auf gütlichem Wege. — Inzwischen sei eine Nachricht eingelaufen, die der Lage ein neues Gesicht gäbe. In **Posen** seien gestern nachmittag **Straßenkämpfe zwischen Deutschen und Polen ausgebrochen**, die bis in die Abendstunden fortdauerten. Als Ursache wird angenommen, daß von deutschen durchziehenden Truppen eine der bei den Polen in großer Zahl heraushängenden Flaggen in amerikanischen, englischen und französischen Farben herabgerissen worden sei. Ein Trupp von etwa 100 Polen sei demonstrierend zum Polizeipräsidium gezogen, um es im Sturm zu nehmen. Es sei geschossen worden und eine Abteilung von 80 Mann des 20. Feldartillerie-Regiments mit Maschinengewehren mußte den bedrängten Kameraden zu Hilfe eilen. Nach einem lebhaften Feuergefecht sei es schließlich gelungen, die Polen zurückzudrängen. Gegen Abend wäre die Ruhe in der Stadt völlig wieder hergestellt gewesen.

Ueber die russischen Gelder.

Berlin, 26. Dezember. Der Unterstaatssekretär im Reichsjustizamt Dr. Oskar **Cohn** gibt zum letzten Funkspruch des ehemaligen russischen Botschafters in Berlin, Joffe, eine Erklärung ab, in der es heißt: Meiner Tätigkeit als Rechtsbeistand der russischen **Botschaft** in Berlin werde ich mich mit Genugtuung erinnern. Mit Genossen Joffe und meinen übrigen russischen Freunden bestand über das Ziel Einigkeit; über die Voraussetzungen, die Methoden und die Formen der deutschen Revolution waren wir nicht durchweg einer Meinung. Niemals aber war ein Streit darüber, **daß die Parteien der sozialistischen Internationale einander mit Rat und Tat helfen müssen.** Genosse Joffe hat mir das Geld in der Nacht vom 5. zum 6. November 1918 gegeben. Mit den Summen, die er nach seinen früheren Mitteilungen zum **Ankauf von Waffen** gegeben, hatte das nichts zu tun. Ich habe das Geld seinem Zwecke zugeführt, nämlich **der Verbreitung des Gedankens der Revolution**, und bedaure nur, daß es mir die Umstände unmöglich gemacht haben, die ganze Summe schon aufzubrauchen. Hoffentlich kommt bald die Zeit, wo ich den russischen Parteifreunden Rechnung legen kann. Auf einen Irrtum darf ich den Genossen Joffe hinweisen: Die in Deutschland hinterlegten Werte hat er mir nicht ganz, sondern nur in Höhe von vier Millionen Rubeln für die Zwecke der deutschen Revolution zur Verfügung gestellt. Leider hat mir das Bankhaus wegen formeller Bedenken gegen die Vollmacht diese Summe nicht ausgehändigt, desgleichen nicht die übrigen Millionen, die ich für russische Kriegsgefangene und andere russische Notleidende verwenden sollte. (W. T. B.)

Gegen jeden demütigenden Gewaltfrieden.

Berlin, 27. Dezember. Auf das mannhafte Eintreten der französischen Friedensgesellschaft unter ihrem Präsidenten Professor Charles Richet von der Universität Paris für den Wilsonschen Rechtsfrieden und ihre schärfste **Verwahrung gegen jeden demütigenden Gewaltfrieden** ist mit Genehmigung des Kriegsministeriums durch den Unterstaatssekretär Göhre am 25. Dezember, 11 Uhr 25 Minuten vormittags, von der Funkenstation Königswusterhausen folgendes Funkentelegramm nach Paris abgegangen: „Paris. An Mr. Charles Richet. **Im Namen der deutschen Friedensgesellschaft begrüßen wir die sympathische Kundgebung der französischen Friedensfreunde in dankbarer und hoffnungsvoller Gesinnung. Gez. Prof. Wilhelm Förster, Pastor Hans Francke, Oberlehrer Dr. Rudolf Berger** (Berlin)."

Deutschland und der Völkerbund. Ueber Holland wird bekannt: Aus der Umgebung Wilsons wird berichtet, daß die neutralen Staaten ihren Eintritt in den Völkerbund ohne weiteres vollziehen werden. Deutschland wird gewisse Bedingungen zu erfüllen haben, bevor man seiner Aufnahme zustimmen wird.

Präsident Wilson ist seit **Weihnachten in London beim** Könige von England. Am Freitag hatte er im Buckingham-Palast eine zweistündige Unterredung mit Lloyd George und Balfour.

Die Entente und die Bolschewisten. Aus **Paris** wird gemeldet: Der französische Minister des Aeußeren, **Pichon**, hat in der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten Auskunft über die Politik der Entente gegenüber den Zentralmächten und Rußland gegeben. Die Presse aller Parteien behauptet, daß nach dem Entschlusse des Ministers der Plan einer militärischen Expedition der Entente nach Rußland zur Unterwerfung des Bolschewismus **aufgegeben** worden sei.

Bolschewisten-Demonstrationen in Ungarn. In Budapest haben große bolschewistische Demonstrationen stattgefunden. Etwa 150 Personen wurden verhaftet.

Die Wahlen in den besetzten Gebieten.

Berlin, 27. Dezember. Marschall Foch hat den deutschen Behörden in den besetzten Gebieten folgende Erleichterungen zugestanden: 1. Die ordnungsmäßigen Verwaltungsbehörden sind befugt, ohne Einschränkung die Berichte zu versenden, die sich auf die Vorbereitungen für die Wahlen und auf die Wahlen selbst beziehen. 2. Preß- und Versammlungsfreiheit wird von den alliierten Armeen gewährt in einem Maße, das mit der Aufrechterhaltung der Ordnung und seinem einwandfreien Verhalten der Bevölkerung gegenüber den alliierten Armeen im Einklange steht. 3. Die Einreise in die besetzten Gebiete oder die Ausreise nach dem Innern Deutschlands kann den Personen gestattet werden, welche im Besitze eines Passiergesuches der ordnungsmäßigen Verwaltungsbehörden sind.

Die obigen Anordnungen finden **keine** Anwendung auf das Gebiet **Elsaß-Lothringen**.

Aus den besetzten Gebieten. In **Mannheim** sind **Franzosen** eingerückt, weil der A.- und S.-Rat beschlossen hatte, die Sicherheitstruppe aufzulösen. Der Beschluß wurde jedoch nicht durchgeführt. — In der Frage des Verkehrs zwischen dem besetzten Gebiet und der neutralen Zone hat Marschall Foch Erleichterungen zugestanden.

Der Streik in Oberschlesien.

Beuthen, 27. Dezember. Der oberschlesische Bergarbeiterstreik ist erneut im Aufleben. Bei der heutigen Frühschicht fehlten die Belegschaften von Hedwig-Wunsch-Grube, Ludwig-Glück-Abwehrgrube, Castellengo-Grube und der Schlesischen Grube vollständig.

Arbeiterkämpfe im Ruhrrevier.

Die bürgerliche Presse meldet: In **Hamborn** wurden das Rathaus und das Postamt von den Leitern der radikalen Bergarbeiter-Streikbewegung besetzt gehalten. Das Rathaus wurde am Weihnachtsabend von einer tausendköpfigen Menge, zum größten Teil Belegschaften der umliegenden Zechen, die nach Hamborn zurückkehrten, **gestürmt**. Die Polizeimannschaften wurden überwältigt und entwaffnet. Ein Polizeiinspektor wurde schwer verwundet. Zwei von der rasenden Menge verfolgte Bergwerksdirektoren mußten nach Essen flüchten. Die Streikenden forderten von der Stadt Hamborn Auszahlung der von der Regierung angeblich zugesagten Lohnzuschläge und **Uebernahme der Thyssensche Bergwerksbetriebe** durch die Stadtverwaltung Hamborn. Um diese Forderungen durchzusetzen, werden weitere Demonstrationen vor dem Rathause geplant. Gerüchtweise verlautet, daß das Haus von Thyssen von der Menge gestürmt worden ist und die beiden Herren Thyssen nur das nackte Leben retten konnten.

Inzwischen hat der Volksbeauftragte **Haase** an die Vertreter der Streikenden in Hamborn telegraphiert, daß die **Arbeit in den Gruben aufgenommen werden müsse**, da die Regierung zuerst den ganzen Sachverhalt feststellen und beraten müsse, was sie für die Streikenden tun könne. Die Regierung werde sicherlich alles, was in ihren Kräften stehe, tun, um für Abhilfe zu wirken. Ferner hat der Volksbeauftragte **Barth** nach Hamborn telegraphiert, daß er seine Zusicherung, **schnellste Sozialisierung der Bergwerke, aufrecht erhalte**; ebenso verspricht er, bei Wiederaufnahme der Arbeit sich um eine einmalige Teuerungszulage zu bemühen.

Ungeheure Arbeitslosigkeit in Berlin.

Berlin, 28. Dezember. Die Demobilisation und die Stillegung von Betrieben als Folge von Arbeits- und Kohlenmangel hat die Zahl der Arbeitslosen in den Großstädten und besonders in Berlin ins Ungeheuerliche wachsen lassen. Man rechnet für Groß-Berlin mit Einschluß der vom Heeresdienst Entlassenen mit etwa **400 000 Arbeitslosen**. Die Regierung trifft Maßnahmen, um die Hunderttausende von Arbeitslosen in die Provinz zu schicken. Vorerst sollen die, die während des Krieges nach Berlin zur Arbeit in die großen Heeresbedarf-Fabriken gekommen sind, in kürzester Frist in die Heimat zurückgeschafft werden. Das dürften etwa 120 000 Personen sein.

Die Schuldigen.

Der letzte Ministerpräsident der ehemalig österreichisch-ungarischen Monarchie, Professor Dr. **Lammasch**, gewährte einem Korrespondenten der Daily News eine Unterredung, in der er sich über die österreichische Politik während des Krieges ausließ. Seine Mitteilungen wirken wie eine **einzige große Anklage gegen die Politik der damaligen deutschen Machthaber.** Neuerdings bringen sie den dokumentarischen Beweis, daß die **deutschen Gewaltpolitiker** es waren, die immer wieder einem **Verständigungsfrieden entgegenarbeiteten und die von Oesterreich kommenden Bemühungen, ein Ende des Krieges herbeizuführen, vereitelten.**

Von dem Exkaiser **Karl** sagte Professor Lammasch, daß seine Friedensbemühungen aufrichtig gewesen seien und vom ersten Tage seiner Regierung an datiert hätten.

„Das erste Friedensangebot der Mittelmächte im Dezember 1916 entsprang **seiner Anregung**. Deutschland gab seine Einwilligung nur **widerstrebend**, und der **taktlose Ton**, in dem dieses Friedensangebot gehalten war, entsprang der **deutschen Beeinflussung**."

Professor Lammasch berichtete dann über weitere Bemühungen Oesterreichs, zu einem Frieden zu kommen, die jedoch von **Deutschland nicht unterstützt** oder geradezu bekämpft wurden:

„Es könnte von historischem Wert sein, daß Kaiser Karl mir bereits am 17. Juli dieses Jahres den Ministerpräsidentenposten anbot. Ich war bereit, diese Berufung anzunehmen, jedoch nur unter der Bedingung, daß auf **Deutschland ein Druck** zur Annahme folgender Bedingungen ausgeübt werden müßte:

1. Räumung und Entschädigung Belgiens.
2. Volle Autonomie und, wenn's nötig sei, Gewährung einer republikanischen Staatsform für Elsaß-Lothringen und volles Selbstbestimmungsrecht aller fremden Volksteile im Deutschen Reiche.
3. Oesterreichisch-ungarische Gebietsabtretungen an Italien im italienischen Teil Tirols und im Trentino.
4. Vereinigung der südslawischen Staaten mit Anschluß an Oesterreich-Ungarn unter der Bewilligung gleicher Rechte.

Kaiser Karl war mit diesen Bedingungen einverstanden, jedoch (ich kann es zwar nicht mit unbedingter Bestimmtheit sagen), ich glaube, daß Graf Czernin gegen die Annahme dieser Bedingungen stimmte. Es ist aber **sicher**, daß die **deutsche Militärpartei und Schwerindustrie** ihre **starke Abneigung** gegen diese Bedingungen bekundete. Am 21. Juni 1917, ich glaube es war unmittelbar nach der großen Debatte über die bekannte Friedensresolution des Deutschen Reichstages, versicherte Deutschland ernsthaft Kaiser Karl, daß die **russischen und italienischen Drohungen** gegen die österreichisch-ungarische Monarchie **endgültig vernichtet** seien. Nun wurden keine Schritte mehr getan, um diese, meine Friedensvorschläge zu beachten. Im Januar 1918, nach den bekannten **Unterhandlungen**, die ich in der Schweiz hatte, drängte ich den Kaiser, Deutschland zu veranlassen, einen **Frieden zu den oben skizzierten Bedingungen zu schließen**. Kaiser Karl tat dies auch und **exponierte sogar seine eigene Person. Aber wieder ohne Erfolg, denn die gleiche Abneigung und Gegnerschaft offenbarte sich wie damals wieder jetzt im deutschen Großen Hauptquartier und nichts wurde in der Friedensfrage getan.**"

Auf die Frage des englischen Journalisten, welcher Art zuletzt das Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn gewesen sei, antwortete Professor Lammasch:

„Freundschaftlich, aber doch etwas gespannt. Wir waren fortgesetzt bemüht, auf **Deutschland** in der Friedensfrage einen **Druck auszuüben**, aber unser Verbündeter setzte dem immer **Widerstand** entgegen. Der letzte Entschluß des Kaisers den Alliierten einen Sonderfrieden anzubieten, erfolgte aber auch erst, nachdem der deutsche Kaiser vorher von diesem Schritte verständigt worden war. 48 Stunden, bevor wir unser Angebot machten, hatte Kaiser Karl an Kaiser Wilhelm folgendes telegraphiert:

„Ich fühle mich durch die gegenwärtigen außerordentlich schwierigen Umstände gezwungen, einen Separatfrieden zu schließen."

Kaiser Wilhelm antwortete ihm mit einem Telegramm, in dem er ihn bat, diesen **verachtungsvollen Schritt aufzuschieben**.

Die Entscheidung war aber unwiderruflich!"

Wieder bestätigt sich also, daß die deutschen Machthaber die treibende Kraft in diesem Kriege waren. Ungeheuer ist die Schuld, die sie auf sich geladen haben. Nicht scharf genug kann mit ihnen abgerechnet werden. Alles muß daran gesetzt werden, daß mit dem 9. November **ihre Macht endgültig gebrochen und beseitigt ist!**

Die französischen Opfer.

Paris, 27. Dezember. In der Kammer gab der Unterstaatssekretär Abrami im Laufe der Besprechung des Gesetzes über die Pensionen folgendes Bild der französischen Verluste bis zum 1. November 1918:

Gesamtziffern der Gefallenen, Gefangenen und Vermißten: 42 600 Offiziere und 1 768 000 Mannschaften. Gefallen sind: 31 300 Offiziere und 1 048 000 Mannschaften. Vermißt sind: 3000 Offiziere und 311 000 Mann. Die Zahl der Lebendig-Gefangenen beträgt 8300 Offiziere und 438 000 Mannschaften.

Belgischer Sozialistenkongreß.

Brüssel, 25. Dezember. Der belgische Sozialistenkongreß trat zum erstenmal seit vier Jahren zusammen. Es sind etwa 1000 Delegierte anwesend. Minister **Vandervelde** las den Bericht über die öffentliche Lage vor und wiederholte, unter welchen Bedingungen der Generalrat die Mitwirkung von Parteidelegierten im Einigungsministerium gebilligt habe, insbesondere das allgemeine Wahlrecht, die Abschaffung von Artikel 310 des Strafgesetzes, das Recht der Vereinigung für die Polizeibeamten, die Mitwirkung der Parteidelegation am ökonomischen Wiederaufbau des Landes. **Uytroever** protestierte gegen die Annektionspolitik. Justizminister **Vandervelde** erklärte, wenn die Regierung sich für eine annektionistische Politik gegenüber **Holland ausgesprochen haben** würde, so würde er an ihr nicht teilnehmen. Uytroever brachte einen Antrag ein, worin erklärt wird, **daß der Kongreß sich standhaft jeder imperialistischen Politik und jeder Politik, die dem Volke sein Selbstbestimmungsrecht rauben will, widersetzen** würde. Der Kongreß ist gegen jede Annektionspolitik gegenüber Holland, spricht aber gleichzeitig die Ueberzeugung aus, daß die freie Fahrt auf der Schelde und der Maas jederzeit und in jeder Hinsicht garantiert werden müsse. Der Kongreß hat den Antrag Uytroever **einstimmig** angenommen.

Die Stärke der englischen Arbeiterpartei. Der englische Arbeiterkongreß richtete an Wilson im Namen von fünf Millionen englischer Arbeiter ein Telegramm, worin von Wilson Frieden mit sofortiger Errichtung des Völkerbundes und Abrüstung verlangt wird. Der Kongreß versichert den Präsidenten seiner tatkräftigen Unterstützung zur Verwirklichung seiner hohen Ideale.

Milderungen des Strafvollzuges.

Geistige und sittliche Hebung der Gefangenen.

Eine neue Verfügung des Justizministers Dr. Rosenfeld bringt wesentliche Milderungen des Strafvollzuges. Das **Schweigegebot** für die Gemeinschaftshaft wird **aufgehoben**, der **Briefverkehr** der Gefangenen freier gestaltet, das Halten von **Tageszeitungen ohne Unterschied der Parteirichtung** in weitem Umfange zugelassen und der **Tabakgenuß** erleichtert. Aus den Milderungen der Disziplinarstrafen ist hervorzuheben, daß die Strafen der **körperlichen Züchtigung** und der Fesselung, soweit sie überhaupt noch bestanden, **ganz beseitigt** werden und der **Dunkelarrest** fortan höchstens bis zur Dauer **von sieben Tagen** (statt bisher vier Wochen) verhängt werden darf. Am Schluß der Verfügung bringt der Justizminister seine Erwartung zum Ausdruck, daß die im Strafvollzuge tätigen Beamten es sich angelegen sein lassen werden, unter Wahrung des Ernstes der Strafe durch gerechte und wohlwollende Behandlung die **geistige und sittliche Hebung** der Gefangenen tunlichst zu fördern.

Wochenbeihilfe. Berlin, 28. Dezember. Bezahlung von Kriegswochenhilfe aus Reichsmitteln fiel bisher weg, sobald der Vater des Kindes aus dem Heeresdienste entlassen war und seine Erwerbstätigkeit wieder aufnehmen konnte. Eine neue Verordnung des Rates der Volksbeauftragten billigt jetzt Wochenbeihilfe auch für **die Geburtsfälle** zu, die binnen sechs Wochen nach der Entlassung des Vaters aus dem Heeresdienste eintreten. Die Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit steht der Weitergewährung dieser Wochenhilfe bis zum Ablaufe der normalen Bezugszeit nicht entgegen. Gleichzeitig wird das aus Reichsmitteln den selbststillenden Müttern gewährte Stillgeld allgemein von 50 auf 75 Pfennig heraufgesetzt.

Einen Dank an die Eisenbahnen

spricht die Reichsregierung durch eine öffentliche Kundmachung aus. Die Eisenbahner wissen, daß die junge sozialistische Republik Deutschland es nicht bei leeren Worten des Dankes bewenden läßt. Die **Rechtsstellung** der Eisenbahner soll **ausgebaut** und von den Fesseln alter Vorurteile befreit, ihre **wirtschaftliche Lage** im Rahmen der finanziellen Möglichkeit **gehoben** werden.

Nicht aussterbende Hundedemut.

Eine Adresse an die Exkaiserin.

Unter den ehemaligen Schülerinnen des **Kaiserin-Augusta-Stiftes in Potsdam** zirkuliert eine Adresse an die verflossene Kaiserin zur Unterschrift, die ein Dokument für die verlogenen mittelalterlichen Erziehungsmethoden des alten Systems ist. Wir zitieren hier Anfang und Schluß:

Allerdurchlauchtigste, Großmächtigste Kaiserin und Königin! Allergnädigste Kaiserin, Königin und Frau!

Euere Majestät bitten die alleruntertänigst unterzeichneten Stiftskinder, es ihnen nicht als **Anmaßung** anrechnen zu wollen; wenn sie es **wagen**, Euerer Majestät in diesen Tagen der Schmach und Schande unseres Vaterlandes zu **nahen**. Unsere heiße Empörung darüber, daß dieser mit fremdem Gelde und unter fremdem Einfluß eingeleiteten Revolution ein so großer Teil der deutschen Bevölkerung zuzufallen scheint, gipfelt in der **brennenden Scham** und dem bitteren **Schmerz** über das, was Euerer Majestät, unserer heißgeliebten Kaiserin, persönlich angetan ist. Was uns deutschen Frauen, wie schon **alle Zeit**, so ganz besonders in der schweren Kriegszeit immer wieder Mut und Kraft gab, war **der Blick auf Euere Majestät**, unsere allergnädigste Landesmutter!

(Der Schluß.) Wenn wir alleruntertänigst Unterzeichneten es gewagt haben, Euerer Majestät das auszusprechen, so sind wir dem überwältigenden Drange unseres Herzens gefolgt, gewiß, daß wenn wir in unruhiger Zeit auch nicht viele Unterschriften sammeln konnten, doch alle Stiftskinder und die überwiegende Mehrzahl deutscher Frauen (!) Gleiches empfinden.

Gott, unser Herr und Heiland, bei dem wir auch im finstern Tal geborgen sind, sei mit Euerer Majestät. Ist **Gott** für uns, wer mag **wider uns** sein.

In tiefster Ehrfurcht verharren

Euerer Majestät
alleruntertänigste, treugehorsamste

Gewissen Kreisen ist das Schweifwedeln so zur zweiten Natur geworden, daß sie es nicht lassen können, auch wenn „Frauchen" längst über die Grenze ist.

Aus der Provinz.

Kreistag des Wahlkreises Wittenberg-Schweinitz.

Am Sonntag, den 22. Dezember, fand in Fischers Lokal in Wittenberg ein Kreistag der U. S. P. des Wahlkreises Wittenberg-Schweinitz statt. Die Tagesordnung umfaßte folgende Punkte: 1. Bericht des Kreisvorsitzenden und Kassierers. 2. Vortrag des Genossen Merzdorf-Ludersdorf. 3. Flugblatt-Verbreitung. 4. Verschiedenes.

Der stellvertretende Vorsitzende, Genosse Ziegler, gab hierauf folgenden Bericht: Durch fortgesetztes Einziehen zum Heeresdienst wurden unsere bewährten Genossen aus ihrer Tätigkeit herausgerissen. Nur wenige blieben in den Orten zurück, so daß die Parteiarbeit überall im Kreise ins Stocken kam. Sogar der Kreisvorstand blieb nicht unverschont. Es mußte sich im zweiten Kriegsjahre ein provisorischer Kreisvorstand bilden, welcher nur unter erschwerenden Verhältnissen die Partei aufrechterhalten konnte. Versammlungen konnten nur wenige stattfinden. Erstens standen uns keine Säle zur Verfügung, zweitens waren die behördlichen Maßnahmen derart, daß alle Referenten von vornherein auf Abhaltung eines Referats verzichten mußten; es wollte kein Referent seine Rede vom Manuskript ablesen. Im Jahre 1917 wurde Stellung zur Parteispaltung genommen. In einer Sitzung der Kreisvertrauensleute, des Kreisvorstandes und aller angeschlossenen Körperschaften wurde gegen eine Stimme beschlossen, sich der U. S. P. D. anzuschließen: Nach den stürmischen Novembertagen wurde es in den letzten Wochen auch in unserem Kreise wieder lebendig.

Den Kassenbericht gab Genosse Schaper. Es war eine Gesamteinnahme von 652.03 Mk. zu verzeichnen, die Ausgabe betrug 608,07 Mk., so daß ein Kassenbestand von 43.16 Mk. vorhanden ist. In der Diskussion spricht sich Genosse Haase-Straach dahingehend aus, daß die Genossen auf dem Lande, hauptsächlich in Straach und Umgegend, in den letzten Versammlungen nicht genügend aufgeklärt worden wären, welcher Parteirichtung der Wahlverein angehöre; dort sei ein großer Teil von Mitgliedern vorhanden, welche der Meinung seien, der Parteiverein gehöre den Mehrheitssozialisten an. Nach Aufklärung durch Genossen Müller-Jessen und Hohmann-Schmiedeberg wurde diese Sache für geklärt betrachtet. Genosse Haase berichtete noch, daß in Straach 48 neue Genossen gewonnen worden seien.

Hierauf gab Genosse Trebitz den Bericht vom Bezirkstag in Halle. In der Diskussion rügte man die starke Beschickung des Bezirkstages durch fünf Delegierte. Vom Vorsitzenden wurde erwidert, daß dem Kreisverein fünf Delegierte zustehen und daß man von dem Delegiertenrechte Gebrauch gemacht habe. Weiter wurde gerügt, daß die beiden alten Genossen Menzel und Hildebrandt als letzte auf der Kandidatenliste zur Nationalwahl ständen. Junge Genossen habe man vor die beiden bewährten Genossen gesetzt.

Sodann hielt Genosse Merzdorf-Ludersdorf einen kurzen Vortrag über die Parteizersplitterung. Nachdem nun die Revolution eingesetzt habe, sei es notwendig geworden, gemeinsame Arbeit zu leisten. Es dürfe auf keinen Fall ein Bruderkampf entstehen; die Hauptaufgabe sei, bei den Wahlen die bürgerliche Gesellschaft zu schlagen. In demselben Sinne sprach auch Genosse Schulze-Schmiedeberg. Gen. Schaper-Kleinwittenberg sprach sich zum großen Teil gegen die Ausführungen der beiden Vorredner aus. Er tadelte die Stellungnahme der Mehrheitssozialisten zu den Kriegskrediten und zur alten Regierung. Er führte noch mehrere andere Beispiele an, wofür er starken Beifall erntete.

Zu Punkt 3 fand eine Besprechung der Flugblattverbreitung statt. Vom Vorsitzenden wurde mitgeteilt, daß nach Weihnachten der Wahlkampf einsetze. Jeder Vertrauensmann habe sich die nötigen Hilfskräfte zu besorgen, damit eine durchgreifende Verbreitung der Flugblätter stattfinden kann. Genosse Scheufler-Wittenberg regte an, daß man nicht nur die Parteigenossen zur Flugblattverbreitung heranziehen müsse, es sollten sich auch alle Gewerkschaftsgenossen zur Verfügung stellen, damit auch in den kleinsten Winkel hinein Aufklärung gebracht werden könnte.

Hierauf wurde die Referentenfrage angeschnitten. Von allen Seiten wurden Wählerversammlungen mit tüchtigen Referenten verlangt. Auch Frauenversammlungen mit Frauen als Rednerinnen gefordert. Der Vorsitzende erwiderte, daß auch hier schon Vorsorge getroffen sei, und daß nach Weihnachten die Versammlungen beginnen. Als Kreisvorsitzender wurde Genosse Herm. Nitschke-Kleinwittenberg und als Kassierer Genosse Theodor Trabitz-Wittenberg gewählt. Der Kreisvorstand wurde ermächtigt, die Kandidaten zur Landtagswahl nach eigenem Ermessen aufzustellen. Als Wahlvorstand für den Kreis wurde die gesamte Kreisleitung bestimmt. Genosse Lerchenstein und Ziegler-Wittenberg sollen hinzugezogen werden. Der Vorstand forderte noch auf, das Hallische Volksblatt tüchtig zu verbreiten. Gegen 8 Uhr war die Tagesordnung erledigt.

Wahlkreis Torgau-Liebenwerda.

Der Kreisvorstand hat beschlossen, am 1. Januar 1919 (Neujahr) eine

Bezirksleiter-Konferenz

in Falkenberg im Gasthof zum Preußischen Hof abzuhalten. Beginn der Konferenz um 11 Uhr vormittags.

Die Tagesordnung lautet: 1. National-Wahl. 2. Landtags- und Gemeinderats-Wahlen. 3. Kreisangelegenheiten.

Bei Verhinderung des Bezirksleiters bitten wir, einen Stellvertreter zu entsenden. Der Wichtigkeit halber muß jeder Bezirk vertreten sein.

Der Kreisvorstand. J. A.: Gustav Klabe.

Fördert die Buttererzeugung!

Der Kreisarbeiterrat des Kreises Liebenwerda weist darauf hin, daß an alle Arbeiterräte des Kreises Vergleichstabellen von der Kreisfettstelle versandt worden sind, um Feststellungen über die Milchlieferung in den zusammenhängenden Ortschaften ersehen zu können. Der Unterschied der Milchabgabe ist oft ein großer. Fälle sind zu verzeichnen, wo pro Kuh und Tag nur ein Liter geliefert wird. Alle Arbeiterräte werden ersucht, auf diese Tabelle besonderes Augenmerk zu richten, um die Buttererzeugung zu erhöhen. Man setze sich mit den örtlichen Bauernräten in Verbindung. Was keine Milchkuh ist, ist eben eine Schlachtkuh. Eine große Zahl von Strafanträgen gegen nachgewiesene Unstimmigkeiten bei der Milchabgabe ist gegen Kuhhalter gestellt worden.

Merseburg. Wählerlisten einsehen. Versäume niemand, die in der Zeit vom 30. Dezember bis einschl. 6. Januar im Rathaus ausliegenden Wählerlisten einzusehen. Das Einsehen der Listen für mehrere Personen ist statthaft. Wer infolge seiner Erwerbstätigkeit die Listen nicht selbst einsehen kann, benutze sofort die in nachstehend aufgeführten Räumen ausgelegten Listen zur Eintragung seines Namens, damit beauftragte Genossen und Genossinnen die Einsicht für ihn besorgen können.

1. In den Verkaufsstellen des Konsumvereins.
2. Bureau des Bauarbeiter-Verbandes, Breitestraße Nr. 2.
3. Bureau des Metallarbeiter-Verbandes, Weißenfelser Straße 6.
4. Bureau des Zimmerer-Verbandes, Weißenfelser Straße 6.
5. Restaurant zum Roland, Gr. Sixtistraße
6. Bureau des A.- und S.-Rates, Geffnerstraße 4.

Die Wahlleitung der U. S. P. D.

Merseburg. Im Gefangenenlager wurden mehrere tausend Mark gestohlen.

Leunawerk. Wählerlisten einsehen. Die zur Nationalversammlung aufgestellten Wählerlisten liegen vom 30. Dezember bis einschließlich 6. Januar in der Zeit von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 4 Uhr im Kinosaal (Kantine 3) zur Einsicht aus. Es sind zwei Stimmbezirke gebildet. Wahlberechtigt sind sämtliche Männer und Frauen, die auf dem Werke bzw. in der Barackenstadt des Leunawerkes wohnen und spätestens am Wahltage (19. Januar) das 20. Lebensjahr erreicht haben. Die nach dem 29. Dezember auf dem Werke zuziehenden Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten von der polizeilichen Meldestelle eine ausgefüllte, mit genauer Adresse versehene angebogene Karte, mit deren Hilfe sie die Löschung ihres Namens in der Wählerliste des bisherigen Wohnortes beantragen müssen, wenn sie hier wählen wollen. In allen Zweifelsfällen wende man sich sofort an den Vollzugsausschuß des Arbeiterrates, Baracke 785.

Schkeuditz. Die Zentral-Bibliothek wird ab Sonntag, den 5. Januar, im Konsum, Weststraße 2, wieder eröffnet. Die Schkeuditzer Arbeiterschaft wird gebeten, sie fleißig zu benutzen. Die Bibliothek ist geöffnet: Sonntag mittags von 11 bis 12 Uhr, Mittwoch abends von 7½ bis 8½ Uhr.

Der Bibliothekar.

Delitz a. B. Einen schönen Erfolg hatte eine hier während der Feiertage unternommene Hausagitation zu verzeichnen. Es wurden auf den ersten Hieb 104 Mitglieder für den Landarbeiterverband, rund 100 Volksblattleser und 20 Mitglieder für die Unabhängige Sozialdemokratie gewonnen. Auf dem Gute Holleben-Benchlitz wurden gleichfalls 80 Verbandsmitglieder geworben. Wir begrüßen die neuen Mitstreiter im Befreiungskampfe und fordern die Genossen allerwärts auf, in derselben Weise eifrig tätig zu sein.

Amsdorf. Agitationserfolge. Wie fast überall im Kreise, geht auch hier unsere Bewegung prächtig vorwärts. Eine vom Genossen R. Jahn und Genossen Gustav Krywatsch veranstaltete Volksblatt-Hausagitation hatte das Ergebnis, daß für das Volksblatt 40 neue Abonnenten gewonnen wurden. Insgesamt haben wir hier über 160 Volksblattleser. — Auch die Parteibewegung hat seit Ausbruch der Revolution gute Fortschritte gemacht. Am Nachmittag des 25. Dezember fand eine den Verhältnissen entsprechend gutbesuchte Versammlung statt, in welcher Genosse Kraußer-Halle über das Thema: Revolution und Nationalversammlung sprach.

— **Der Arbeitermangel im Braunkohlenbergbau** und namentlich in den gesegneten Gefilden der A. Riebeckschen Montanwerke ist u. a. auf folgende Ursachen zurückzuführen: Die Verbandsleitung des Bergarbeiterverbandes vereinbarte nach Ausbruch der Revolution mit den A. Riebeckschen Montanwerken Mindestlöhne für Häuer unter Tage 12 Mk., für Förderleute und sämtliche an der Kohlengewinnung beteiligten Arbeiter 11 Mk. für die achtstündige Schicht. Man sollte meinen, daß diese Sätze auch ohne weiteres eingehalten würden. Leider, weit gefehlt. Man zahlte z. B. Häuern beim Zuführen 9—10,50 Mk. Leuten an der Kettenbahn, Füllort und Bühne, an deren Gewandtheit und Zuverlässigkeit zum großen Teil die gesamte Förderung der Grube abhängt, einen Lohn von 9 Mk. und einigen Groschen Prämie. Aber damit noch nicht genug: Alle Vorteile, welche die Arbeiter früher besaßen, macht man ihnen auf recht kleinliche Weise wieder zu Wasser. Man steigerte den Arbeitern, welche eine Werkswohnung inne haben, diese gleich um 30 Mk. jährlich. Die Essensportion, welche vordem mit 30 Pfg. verrechnet wurde, erhöhte man sofort auf 51 Pfg., was natürlich zur Folge hatte, daß die Arbeiter darauf verzichteten. Solaröl und Carbid erhöhte man von 10 Pfg. auf 27 Pfg. pro Liter und von 40 Pfg. auf 90 Pfg. das Kilo. Für den Kaffee, den man früher unentgeltlich bekam, verlangt man jetzt 5 Pfg. für das Liter.

Glaubt man denn nun, daß diese kleinlichen Schikanen dazu beitragen, Arbeiter zu veranlassen, bei den A. Riebeckschen Montanwerken Arbeit anzunehmen und daß dadurch die Kohlennot behoben würde? Sämtliche Arbeiter der Riebeckschen Werke machen wir auf die Anfang Januar in Amsdorf im Neuerschen Lokale stattfindende öffentliche Bergarbeiterversammlung aufmerksam, in der Stellung zu diesen Unzuträglichkeiten genommen werden soll. Weiter sollen der Werksleitung die neuen Lohnforderungen unterbreitet werden.

Eisleben. Sozialdemokratischer Verein. Am Sonnabend (heute) abend findet bei Fessel Mitgliederversammlung statt. Wichtiger Punkte halber ist zahlreiches Erscheinen nötig.

Mansfeld. Aus der Partei. In einer gutbesuchten Mitgliederversammlung sprach Genosse Wenzeck über die Ziele der U. S. P. und die Wahlen zur Nationalversammlung Seine Ausführungen wurden mit Interesse verfolgt. Zum Vorsitzenden wurde Genosse Wenzeck wiedergewählt, zum Stellvertreter Probst, Kassierer Timme, Schriftführer Erdel, zu Revisoren Holländer und Jordan. Die Zeitungskommission besteht aus den Genossen Seiler, Siebenhühner, Rauchfuß. Als Delegierte zum Kreistag wurden Kleist und Wenzeck gewählt.

Großörner. Parteiversammlung. Am 1. Weihnachtstag fand eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung des neuen Vereins Großörner statt. Genosse Wenzeck wies auf die Bedeutung der Wahl zur Nationalversammlung hin. Die Aufnahme neuer Mitglieder war auch hier der Erfolg. Die Anregung, auch an die älteren Leute heranzugehen, damit auch diese für unsere Sache gewonnen werden, wurde von der Versammlung beherzigt. Als Delegierte für den Kreistag wurden die Genossen Stinnemann und Grube, sowie Genossin Grube gewählt.

Wolfen. Parteiversammlung. Vergangenen Sonntag fand in Wedes Gasthof nach fast 4½jähriger Pause die erste Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Genosse Stammer-Bitterfeld schilderte die Errungenschaften der Revolution, er verwies auf die Gefahren, die uns durch die Gegenrevolution drohen. Es setzte eine lebhafte Debatte ein, ob Unabhängig oder Abhängig die Parole sei. Es konnte darüber noch kein Beschluß gefaßt werden. Alle übrigen Punkte wurden glatt erledigt. In den Vorstand wurden gewählt die Genossen: Hermann Clauß als Vorsitzender, Albin Steuer als Kassierer, Gustav Kunert als Schriftführer. In die Zeitungskommission wurden die Genossen Emil Thieme, Richard Bieler und Richard Dreißig gewählt. Neuanmeldungen für das Volksblatt nehmen die genannten Genossen entgegen. Als Berichterstatter wurde Genosse Herm. Clauß gewählt. Beschlossen wurde, daß Sonnabend, den 4. Januar, abends 8 Uhr, in Wedes Saal eine öffentliche Volksversammlung stattfinden soll.

Bitterfeld. Die Wahlleitung für den Bezirk Bitterfeld hat Genosse Mauß, Bitterfeld, Dessauer Straße 12, Tel. 9, übernommen. Die Genossen in den Ortschaften werden ersucht, sämtliche Zuschriften über Versammlungen und Referenten nur an diesen zu richten, welcher dann das weitere veranlassen wird.

Die Wählerlisten liegen vom 30. Dezember bis 6. Jan. zur Einsicht aus. Die Genossen, die keine Zeit zum Einsehen haben, können sich im Konsumverein, beim Genossen Stammer sowie im Restaurant Hohenzollern in Listen einzeichnen für sie werden dann die Listen nachgesehen.

Die Genossen werden ersucht, sich Sonnabend, den 28. Dezember, abends 8 Uhr im Restaurant Hohenzollern zur Flugblattverbreitung einzufinden. Alle haben zur Stelle zu sein.

Holzweißig. Ein Einbruchsdiebstahl wurde bei dem Gutsbesitzer Richard Jentzsch ausgeführt. Den Dieben fiel ein 5 Meter langer wertvoller Treibriemen in die Hände. Dann schlachteten sie an Ort und Stelle 4 Gänse und 20 Hühner ab. Außerdem ließen sie noch einen Kopfkissenbezug, welcher auf der Leine hing, mitgehen.

Mühlberg. Eine öffentliche Landarbeiterversammlung fand am zweiten Feiertag hier im Kronprinz statt. Zahlreich waren die Landarbeiter und die Frauen erschienen. Es war die erste Versammlung, wo sich diese Landproletarier etwas frei von allem bisherigen Druck der sonst strengen Gutsleitungen bewegen konnten. Genosse Naumann legte in einstündigen Ausführungen klar, in welch schwerer wirtschaftlichen Lage die Landarbeiter bisher leben mußten. Besondere Zustimmung fand der Redner, als er jenes verwerfliche Schmarotzertwesen auf den Gütern behandelte, wo ein Arbeiter immer besser stehen will wie der andere bei der Gutsverwaltung. Dadurch würde jede Menschenwürde und jedes -gefühl getötet. Es sei nun erste Pflicht der Landarbeiter, sich eine angemessene Entlohnung und kürzere Arbeitszeit zu sichern. Hinein in den Landarbeiterverband, der nur ihre Lage bessern könne und nicht auf die scheinbare Gutherzigkeit der Gutsverwaltungen warte. Die Gleichstellung der Landarbeiter mit den gewerblichen Arbeitern sei die Forderung des Tages. Sie allein erleichtere das harte Los des schwergeprüften Landvolkes. Auch auf die bevorstehende Nationalratswahl ging der Redner ein und warnte eindringlich, sich von irgendeiner bürgerlichen Partei als Stimmvieh einfangen zu lassen. In der Diskussion meldete sich Herr Sparkassenkontrolleur Hentschel von hier zum Wort und erklärte, mit den Ausführungen des Redners vollständig einverstanden zu sein. Er gab — als Vorstandsmitglied des Landwirtschaftlichen Vereins [?] — Erläuterungen über geplante Arbeitsverträge. Als Kommission wurden fünf Landarbeiter gewählt.

— **In öffentlicher Schifferversammlung** am 2. Feiertag beschlossen die hiesigen organisierten Schiffer einstimmig den Uebertritt in den neugegründeten Schifferverband und lösten sich damit vom bisherigen Transportarbeiterverband ab. Die Politik des genannten Verbandes war für diesen für die Schiffer bestimmend gewesen. Sie glauben ihre Interessen in der eigenen Organisation besser vertreten zu können als in der alten Organisation der Transportarbeiter. Ueber die geschäftlichen Dinge des letzten Jahres in der Verwaltung der hiesigen Zahlstelle gab Genosse Naumann einen ausführlichen Bericht, da er, da fast alle Schiffer zum Heeresdienst eingezogen waren, die Geschäfte geführt hatte. Jetzt übernehmen die Schiffer die Verwaltung selbst wieder, da die meisten zurück sind. In die Verwaltung wurden die Schifferkollegen H. Weiße, G. Kümmel und F. Kaupsch gewählt.

Magdeburg. Kindesaussetzung. Vor einigen Tagen wurde in dem Flur des Hauses Neueweg 8 ein etwa drei Monate alter unbekannter Knabe aufgefunden. Er wurde dem städtischen Versorgungsheim — Kinderasyl — überwiesen. Mitteilungen, die zur Ermittelung der Mutter führen, erbittet die Kriminalpolizei.

Wittenberg. Versammlung. Die gestern angekündigte Versammlung für Handlungsgehilfen findet morgen, Sonntag, nachmittag 3 Uhr, im Volksgarten statt.

Allerlei.

Wie die Reichen durchhalten.

Weimar. Wie man durchhalten kann, zeigt das Protokoll über die auf dem Rittergut des Herrn von Helldorf in Schwerstedt am 6. und 7. Dezember d. J. vorgenommene Haussuchung durch den Soldatenrat. Die Haussuchung im Verwaltergebäude ergab folgendes: 28 Stangen Würste (Gewicht 3—4 Zentner), 5 Speckseiten, 5 Rippenstücke, 3 Sack Graupen, 1 Faß und 4 große Töpfe eingepökeltes Fleisch, ungefähr 10 Pfund Butter, mehrere Gläser eingekochtes Fleisch und verschiedene kleine Posten Lebensmittel. Nach Versicherung der Frau Inspektor, keine Lebensmittel mehr zu haben, wurden nach weiterer Haussuchung in der Räucherkammer 5 Speckseiten, 3 Rippenseiten, 2 Gänsebrüste und versteckt unter Kraut und Waschkübeln gefunden: 1 Faß gepökeltes Rindfleisch (ungefähr 1 Zentner), im Hausflur 1 Sack gutes Kernleder. Im Raum über der Brennerei, hinter der Tischlerwerkstatt, deren Tür durch Bretter und Bohlen verstellt war, wurden festgestellt 30 bis 50 Zentner gute Gerste, 5 Sack weißes Mehl, 4 eingesalzene Schinken und ungefähr 30 Pfund Zucker. In der Scheune links vom Verwaltungsgebäude befanden sich große Vorräte von Saatgetreide, 11 Säcke Mohn, 2 Säcke Lein, 10 Zentner Weizen, 15 Zentner Gerste. Nach Angabe des Futtermeisters wird dies zum Verfüttern für das Vieh benutzt. Ferner wurden vorgefunden 18—20 Zentner halbverfaultes Kraut. Im Garten wurden drei Mieten Gemüse festgestellt. Die Kohlenbestände des Rittergutes sind enorm. Im Herrschaftshause wurden festgestellt: 1½ Seiten Speck, 4 Töpfe mit Eiern, 80 Stück 3-Pfund-Pakete Palmin, 20 Büchsen eingekochte Gänse, Enten, Rebhühner usw., 7 Töpfe Schmalz, 150 Büchsen eingekochtes Obst, 5 geräucherte kleine Keulen, 2 Hasen, 40 Zentner Kartoffeln, 110 Pfund Zucker und eine kleinere Menge Butter. Nach Angabe des Inspektors und Bürgermeisters sind die Kartoffeln bei der Aufnahme in den Mieten am Gut und im Keller auf 4200 Zentner geschätzt und bei der Bezirksdirektion angemeldet. Die Haussuchungskommission glaubt aber die Menge höher einschätzen zu müssen. Nach weiterer Untersuchung im Feld wurde eine Kartoffelmiete von 14 Meter Länge 1½ Meter Breite und über 1 Meter Höhe festgestellt. Ihr Inhalt wird auf 200 bis 250 Zentner geschätzt. Diese Kartoffeln sind nach Angabe des Inspektors verheimlicht worden. Von der Kommission wurde festgestellt, daß schon ein großer Teil der Kartoffeln verdorben ist.

Hochwasser im Rhein.

Freiburg i. Br., 27. Dezember. Durch das Hochwasser des Rheins sind die Schiffbrücken bei Neuenburg und Breisach und die Brücken bei Sasbach und Ottenheim durch die Strömung weggerissen worden. Bei dem letzteren Orte fanden 15—20 Franzosen, die mit Bergungsarbeiten beschäftigt waren, den Tod in den Fluten. Die genaue Zahl der Verunglückten konnte noch nicht festgestellt werden. Weitere zwei Franzosen sind beim Kahnfahren auf dem Rhein in der gleichen Gegend dem Hochwasser zum Opfer gefallen.

Ein „Anschlag“ auf den berüchtigsten Kriegshetzer. Berlin, 28. Dez. Die Deutsche Tageszeitung teilt mit, daß in der vergangenen Nacht ein Anschlag auf die persönliche Sicherheit ihres Redaktionsmitgliedes Grafen Reventlow verübt worden sei. Der Anschlag scheiterte.

Worin soll der „Anschlag“ bestanden haben? Kein Revolutionär wird sich mit Kriegshetzern dieser niedrigen Sorte handgemein machen.

Denkt an den Wahlfonds.

Sammellisten für den Wahlfonds sind zu haben bei allen Distriktsführern, in den Distriktsversammlungen und im Parteisekretariat, Harz 42-44 II, Zimmer 23-24.

Die Haarmilch „Jugentin“

ist ein Kopfwasser, welches ergrautem und verblichenem Haar eine schöne, glänzende Farbe wiedergibt. „Jugentin“ dunkelt allmählich und bewährt sich vorzüglich bei Kopfschuppen und dem häufig damit verbundenen Haarausfall.

Flasche Mk. 3.50.

Verkaufsstellen: Bahnhofs-Apotheke, Delitzscher Strasse 92, Max Ott, Drogerie, Steinweg, C. Klappenbach, Grosse Ulrichstrasse 41. 8229

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219181228-19/fragment/page=0003

Walhalla-Operetten-Theater.
Täglich 7½ Uhr:
Die keusche Susanne,
Operette von Jean Gilbert.
Sonntag, 29. Dezember
Dienstag (Silvester)
Mittwoch (Neujahr)
nachmittags 3½ Uhr
Kleine Preise
Der Struwwelpeter.
Weihnachtsmärchen.
0,70, 1.25, 1.55, 2.—, 2.50, 3.—
Kinder 0.35, 0.60, 0.80, 1.—, 1.25, 1.50. 3948
Kasse 10—1½ und 4—6.

Stadttheater.
Sonntag, 29. Dezember 1918, nachmittags 1½ Uhr:
Schneewittchen.
Abends 7½ Uhr Ende 11 Uhr:
Carmen.
Oper von Bizet. 3949
Montag, 30. Dezember 1918, nachmittags 3½ Uhr:
Schneewittchen.
Abends 7½ Uhr Ende 9½ Uhr:
Stradella.
Komische Oper von Flotow.

Thalia-Theater
Filialbetrieb des Stadttheater-Parquetts.
Sonntag, 29. Dezember 1918, abends 7½ Uhr: 3946
Die spanische Fliege.
Schwank v. Arnold u. Bach.

Zoo.
Sonntag, 29. Dez. 1918, nachmittags 3½ Uhr:
Konzert
vom
Görlach-Orchester.
Eintrittspreise:
Erwachsene 50 Pfennig,
Kinder 20 Pfg., Mitglieder ohne Dienstgrad zahlen vorm. 10 Pfg. nachm. 20 Pfg. *2197

Welt-Panorama,
Gr. Brühlstrasse 4/5, I.
Vom 29. 12.—4. 1. 19:
1. Amerika. Baumwoll-Ernte u. Verarbeitung.
2. Ungarn. Die Karpathen und hohe Tatra.
3953

Zum Landhaus.
Merseburgerstr. 95.
Sonntag *2196
Tanzkränzchen!
Kasse und Torte.

Leder-Ersatz,
Schuh-Creme, Lederfett, Schnürriemen gut. Qualität, Kammwachen, Tücher, en gros u. en detail, sowie Schuhmach.-Bedarfsartikel empfiehlt billigst
Schuhmacher-Rohstoff-Genossenschaft e. G. m. b. H. (3187
Halle a. S., Glaucharstr. 3.

Gummiwaren-Fachgeschäft und Versandhaus
3335
C. Klappenbach,
Gr. Ulrichstr. 41.

Damen-Pelzkragen,
neu, alle Arten, verkauft preiswert 3640
Hennicke,
Kl. Ulrichstraße 15.

Pelzsachen
moderne Umarbeitungen
:: Neuanfertigungen ::
schnell u. preiswert 3386
Baltrich, Dorfstr. 7 I.

Postkarten-Rahmen und Sammel-Rahmen
*2188 empfiehlt
J. Zoebisch, Gr. Steinstr. 62.

Alte Promenade 11a Fernruf 5738.
Leipzigerstrasse 88 Fernruf 1224.

Mia May
in dem ergreifenden Liebesdrama (4 Akte)
„Die Bettelgräfin"
Der Roman eines stolzen Mädchens.
Vorführung: 3.00 4.50 7.00 9.20.

Heiraten Sie meine Tante?
Köstliches Lustspiel in 2 Akten.
Eine reizende Episode, bei der man aus dem Lachen nicht herauskommt.
Vorführung: 4.00 6.10 8.20.

Die Vase der Semiramis.
Gewaltiges Schauspiel mit den geheimnisvollen Kräften der asiatisch. Magie in 5 Akten:
mit **Eva Speier**
Lebendigste Gegenwart!
Sagenumwobene Vergangenheit!
Von den hängenden Gärten der Semiramis flutet die Handlung durch die Jahrtausende in das Leben der Weltstadt.
Vorführung: 3.00 4.40 6.50 9.10.

3000 Mark Belohnung.
Köstliches Lustspiel in 2 Akten.
Vorführung: 4.00 6.10 8.20.
Freikarten haben keine Gültigkeit.

Beginn 3 Uhr

Nur Sonnabend und Sonntag. Zur Vorführung kommt auch diesmal ein Doppelprogramm.
Burg-Theater
Gr. Gosenstrasse 12. 3930
Der weisse Schwan. 4 Akter.
Detektivische Liebes- und Sittenfeststellung durch Nic Carter.
Der Haupttreffer. 4 Akter.
Internationale Sensations-Liebeskomödie.
Ausserdem noch Mehreres und Jugendvorstellung.

„Germania-Lichtspiele"
Triftstrasse 22.
Vom 27. bis 30. Dezember:
Henny Porten
und das erstklassige Beiprogramm.
Geöffnet: Sonntags 3 Uhr, wochentags 5 Uhr.
Jeden Dienstag und Freitag Programmwechsel.
3925

Ich zahle
noch die höchsten Preise
für Papier, Bücher, Zeitungen, Lumpen, Knochen, Eisen, Metalle usw.
Wilhelmine Theuring,
Telephon 5659. Nur Domplatz 9. Telephon 5659.

Schuhmacher-Bedarfsartikel:
Stifte, Werkzeuge, ½ Ersatz-Sohlen von Leder etc., Creme, Schlienschoner, Senkel. Lederhdlg., Schäftefbk.
F. Noah
Leipzigerstr. 16.
Ecke Grosser Sandberg.

Ziegen-, Hasen- und Kaninchenfelle, Rohhaare und Wolle
kaufen zu Höchstpreisen
Gebr. Banglowitz,
Fischerplan 2. Tel. 1178.

Pelzgarnituren billig
zu verk. Franz Kalle,
Kl. Ulrichstr. 3 I. 3189

Englisch Französisch
Neue Abend-Kurse (5 mal wöchentlich) Anfang Januar beginnend. 3932
Pihlmann's Sprach-Institut
Tel. 4686 Friedrichstr. 65 am Theater

Geschmackvolles Mus
Sauerkohl
Speisemöhren
zu verkaufen 2190
Wilh. Niemann, Bleiritz.

Neu! Neu!
Sozialdemokratische :: Bemerkungen ::
zur Uebergangswirtschaft.
Von Karl Kautsky.
Brosch. 3 Mk., geb. 4.50 Mk.
Porto 25 bzw. 35 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung
Halle a. S., Harz 42/44.

Blitz-Fahrplan
Sommer-Ausgabe 1918.
Preis 90 Pf. Porto 7½ Pf.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Halle (S.), Harz 42/44.

Wieder neu eingetroffen:
Die Vögel der Erde.
Mit 289 farbig. Abbildungen auf 30 Tafeln.
Preis 5 Mk., Porto 30 Pfg.
Die Säugetiere der Erde.
Mit 169 Abbildungen auf 30 Tafeln.
Preis 5 Mk., Porto 30 Pfg.
Fische, Reptilien u. Lurche.
Mit 226 Abbildungen auf 30 Tafeln.
Preis 5 Mk., Porto 30 Pfg.
Die Käfer Europas.
Mit 465 Abbildungen auf 20 Tafeln.
Preis 5 Mk., Porto 30 Pfg.
Aus den Tiefen der Gewässer.
20 Bilder, 229 Abbildungen.
Besonders die niederen Lebewesen des Wassers darstellend, von
Dr. Aug. Scheuer.
Preis 5 Mk. Porto 35 Pf.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Halle a. S., Harz 42/44.

Gummi-Schiffzahnplättchen.
3116
C. Klappenbach,
Gr. Ulrichstr. 40.

Knaben-Mantel 3938
14—15 Jahren pass. z. verk. Dessauerstr. 6, 4. Eg.

Junge Legehühner (Brut 1918) z. verkauf. Jakobstr. 15, III r. 3948

Mode-Zeitungen empfiehlt die Volksbuchhdlg.

Asche, Kohlen und andere Fuhren nimmt an und führt pünktlich und preiswert aus. Auch auf längere Zeit.
Friedr. Hannes,
Jakobstraße 31.
Fernruf 2876. 3921

Lohnfuhren
werd. schnellstens ausgeführt
Knöchel,
Große Brauhausstraße 11.
Telephon 1561. 3944

Fuhren!
Lohn- u. Aschen-, sowie Möbelfuhren werden gut und sauber ausgeführt. Canstein-str. 19, Laden, Schröder. 3925

Violin-, Mandolin-, Klavier-u. Gitarre-Unterricht erteilt 3216] August Mag. Torstr. 49

Apollo-Theater. 1/28 1/28
Nur noch einige Tage:
Das freie Meer!
Grosses Marinespiel mit Musik und Tanz in 8 Akten vom Verfasser des „Niae". 3930
Zur Linderung der Kriegsnot.
Sonntag, nachmittags ½4 Uhr:
Familien- u. Schülervorstellung zu kleinsten Preisen.
Montag: Abschieds-Vorstellung.
Vorverkauf an der Theaterkasse von 9-1 u. 5-7½ Uhr.

Apollo-Theater.
Am Neujahrs-Festtage, abends 7½ Uhr:
Gastspiel-Eröffnungs-Vorstellung
der hier bestens bekannten und beliebten
Max Walden-Operetten-Gesellschaft 3918
in glänzender Ausstattung die Neuheit:
„Das Glücksmädel".
Zugstück des Theaters des Westens, Berlin!
Gesangsschlager: Weißt Du es noch? — Willste • nicht ein bischen Huh zu mir sein? — Hampelmann-Duett. — Pressekuchen, Du bist so niedlich. — Lasst doch das Raufen um Gut und Geld. — Puppen-Duett u. a. m.
Der Vorverkauf ist eröffnet!

---

3 Könige Varietee Kl. Klausstr. 7.
Versäumen Sie nicht
das vorzügliche Weihnachtsprogramm.
Sonntag großer Frühschoppen.
Auftreten sämtlicher Künstler. 3946

Bruno Heydrichs Konservatorium
für Musik und Theater. — i. äußerlichen Konservatorium. Gütenstraße 20. Gütenstraße 20.
Hochschule: Ausbildung v. Beginn bis zur künstl. Reife in allen Fächern d. Musik u. des Theaters sowie f. d. Lehrberuf, Orchester- u. Chorklasse
Grundschule: Aufn. f. Klavier, Violine und Cello schon v. 7. Lebensj. an. — Gesangunterricht a. f. Anfänger. — Klassen- u. Einzelunterricht. — Prospekt und Satzungen durch das Sekretariat. — Besonders begabte, unbemittelte Schüler können für seltene Instrumente (Bläser, Kontrabaß) Freistellen erhalten u. sind Gesuche mit Lebenslauf einzureichen. Wiederbeginn d. Unterrichts Donnerstag, d. 2. Jan. 1919.
Neuanmeldungen täglich. — Eintritt jederzeit.
Sprechstunde des Direktors außer Sonn- u. Feiertags 3955 täglich von 12—1 und 3—4 Uhr.

Kriegsgetraute! Billige Wohnungs-Einrichtungen!!
Vollständige Schlafzimmer-Einrichtungen m. Marmorpl. 1250 Mk.
Küchen-Einrichtungen, sechsteilig . 350 Mk.
Wohnzimmer, 1 Sofa m. echt. Stoffbezug, gute Arb., 1 Spiegel m. Tischch., Vertiko, 3049 Ausziehtisch, 4 Stühle 785 Mk.
Einzelne Möbelstücke in großer Auswahl verkauft
Friedrich Pelleke, Geiststraße 25.

Gekrönte Häupter.
Zur Naturgeschichte des Absolutismus.
Bisher sind erschienen:

Serie 1.
Nr. 1. Katharina II. von Rußland.
Nr. 2. August der Starke, Kurfürst von Sachsen, König von Polen.
Nr. 3. Papst Alexander VI.
Nr. 4. Karl Leopold von Mecklenburg.
Nr. 5. Ludwig XIV. von Frankreich.

Serie 2.
Nr. 6. Philipp II. von Spanien.
Nr. 7. Friedrich Wilhelm II. von Preußen.
Nr. 8. Heinrich VIII. von England.
Nr. 9. Elisabeth von Rußland.
Nr. 10. Louis Philipp von Frankreich.

Serie 3.
Nr. 11. Papst Julius II.
Nr. 12. Friedrich II. von Preußen.
Nr. 13. Caligula.
Nr. 14. Ludwig, XV. von Frankreich.
Nr. 15. Friedrich Wilhelm IV.

Serie 4.
Nr. 16. Iwan der Schreckliche von Rußland.
Nr. 17. Jérôme, König von Westfalen.
Nr. 18. Philipp II. von Spanien.
Nr. 19. Wilhelm II. von Hessen.
Nr. 20. Nero.

Serie 5.
Nr. 21. Karl I. von England.
Nr. 22. Karl Eugen von Württemberg.
Nr. 23. Rudolf II., Kaiser von Deutschland.
Nr. 24. Christine von Schweden.
Nr. 25. Maria Theresia.
Nr. 26. Leopold II. von Belgien.

Pro Serie in einem Band gebunden 2 Mk., Porto 15 Pfg.
Erhältlich in Heften à 30 Pfg., Porto 5 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Halle, Harz 42/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219181228-19/fragment/page=0004

Selbständigkeit der Partei.

Von Luise Ziet.

Die Rechtssozialisten sind unablässig am Werk, um den Arbeitern zu fuggerieren: Das Interesse des Proletariats erfordere die Verschmelzung der beiden sozialistischen Parteien. Um ihr Ziel zu erreichen, sind ihnen alle, auch die bedenklichsten Mittel, recht. In jeder Weise wird gegen die U. S. P. gehetzt, insbesondere der Vorwärts leistet dabei das Unglaublichste.

In der Provinz schlägt man eine andere Taktik ein, da suchen die Scheidemänner unsere Ortsgruppenleiter auf und geben vor: Zwischen den beiden Sozialdemokraten seien bereits Einigungsverhandlungen im Gange, diese könne man fordern, wenn inzwischen die Ortsgruppen die Verschmelzung zur Tatsache machen würden. Eine Fülle von Zuschriften aus den verschiedensten Gegenden des Reiches, in denen meistens ganz erregt angefragt wurde, ob es wahr sei, daß von uns die Einigung betrieben werde, bei ihnen wolle davon kein Mitglied der U. S. P. etwas wissen, gaben uns Kenntnis von diesem Treiben.

Selbstverständlich haben wir geantwortet: die Parteileitung denke gar nicht daran, Einigungsverhandlungen einzuleiten oder irgendwie zu betreiben.

In dem ersten Aufruf der Parteileitung, der nach der Revolution erschien, ebenso in unserem Aufruf an die Internationale und in unserem Aufruf zur Wahlbeteiligung für die Nationalversammlung ist scharf und klar zum Ausdruck gebracht, daß wir die Selbständigkeit unserer Partei als geschichtliche Notwendigkeit betrachten.

Und der Aufruf zur Wahlbeteiligung erfolgte am Tage nach einer Reichskonferenz, die aus allen Wahlbezirken des Reiches stark beschickt war, in der mit allen gegen eine Stimme beschlossen worden war: Wir bleiben eine selbständige Partei, wir gehen mit eigenen Listen in den Wahlkampf.

Durch diese Beschlüsse ist ganz unzweideutig der Wille der Parteigenossen und der Leitung zum Ausdruck gebracht. Bei der Aussprache in der Reichskonferenz wurde wiederholt erklärt: Wenn einzelne Personen die Politik der Rechtssozialisten mitmachen wollen, stehe ihrem Abmarsch ja niemand im Wege, die Partei der U. S. P. halte an ihrer grundsätzlichen Politik und an ihrer organisatorischen Selbständigkeit fest.

Wir meinen, das ist deutlich!

Wie aber sind wir zu diesen Beschlüssen gekommen? Ist es Eigensinn, der auf das Interesse des Proletariats keine Rücksicht nimmt? Spricht aus ihnen die tiefe Bitterkeit über all das Schmähliche, was uns die Rechtssozialisten im jahrelangen Bruderkampf durch Verleumdung, Denunziationen, Vergewaltigung antraten? Nein, sicherlich nicht!

Wenngleich es menschlich nur allzu begreiflich wäre, wenn wir angesichts des ungeheuren Sündenregisters der Rechtssozialisten erklären würden: mit ihnen gibt es keine Gemeinschaft.

Aber lehnten wir die Verschmelzung ab, weil die Rechtssozialisten durch ihre verderbliche Kriegspolitik so sehr kompromittiert sind, daß wir deshalb uns nicht mit ihnen organisatorisch vereinigen können?

Das wäre sicherlich Grund genug, politisch unser Verhalten zu erklären und zu rechtfertigen. Denn wieder und wieder müssen wir daran erinnern, daß die Rechtssozialisten alle Regierungen während des Krieges unterstützten, ihnen die Mittel zum Kriegführen bewilligten, auch dann noch, nachdem der preußische Militarismus dazu dienen mußte, in Finnland die sozialistische Republik niederzuschlagen und Zehntausende unserer finnischen Partei- und Gewerkschaftsgenossen, die sich ergeben hatten, durch deutsche Maschinengewehre in die Gräber zu schießen, die sich die bedauernswerten Todesopfer selbst hatten graben müssen.

Die Rechtssozialisten haben die alte, verbrecherische Regierung auch dann noch unterstützt, als der Gewaltfriede mit Rußland, der Ukraine und mit Rumänien geschlossen wurde, gegen den sie nicht einmal zu stimmen wagten.

Sie haben sich bedingungslos hinter die einander ablösenden Regierungen gestellt und damit an der Verlängerung des Krieges mitgewirkt und die Mitschuld für die unzähligen Opfer des Krieges auf sich geladen, trotzdem ihnen so gut, wie allen Politikern zahlreiche Dokumente bekannt waren, durch welche die Schuld Deutschlands am Ausbruch des Krieges erwiesen wurde, durch die bekannt wurde, daß Deutschland wiederholt Friedensmöglichkeiten vernichtet hatte. Uns haben sie beschimpft, wenn wir auf diese Tatsachen verwiesen, die z. T. vom Genossen Haase in seinen Reichstagsreden unter dem Beifallsjubel der Reichstagsmehrheit angeprangert wurden. Tatsachen, die später von Schulze-Gävernitz u. a. in den Tagesblättern besprochen worden sind.

Die Rechtssozialisten haben während der ganzen Dauer des Krieges den Klassenkampf abgeschworen und jede selbständige Regung des Proletariats unterdrückt. Die Aufrufe ihres Parteivorstandes und der Generalkommission, in denen der Friedensschrei der streikenden Arbeiter verunglimpft und als Landesverrat denunziert wurden, sind bei Gerichtsverhandlungen des Reichsgerichts gegen unsere Genossen und Genossinnen als Belastungsmaterial vom Staatsanwalt verwendet worden, um die Angeklagten des „Landesverrats" zu überführen und sie ins Zuchthaus zu senden.

So ist von jener Seite alles geschehen, um den Kampf der Arbeiter für Beendigung des Krieges wirkungslos zu machen. Bis zum Tage der Revolution ist diese Bekämpfung der revolutionären Arbeiterbewegung fortgesetzt worden, dafür sind die Nummern des Vorwärts unwiderleglich Beweise. Dafür ist Beweis ein Flugblatt, das am Tage der Revolution in den Großbetrieben Berlins verbreitet wurde. Es trägt die Unterschrift: „Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands", es fordert die Arbeiter auf, nicht auf die Straße zu gehen, nicht den Aufrufen von Minderheiten zu folgen, denn — Scheidemann habe dem Kaiser nahegelegt, abzudanken und der Parteivorstand werde alles aufbieten, um — bahnmöglichst die vielen Eingleisungen rückgängig zu machen. (Dabei erinnere man sich, daß kurz vorher der Vorwärts Stimmung machte für die „nationale Verteidigung".)

Dieses Schlichtenmen gegen die Revolution erfolgte noch am 9. November, dem Tage der Revolution in Berlin, nachdem in Kiel, Hamburg, München und anderswo bereits die Macht in den Händen der Arbeiter und Soldaten lag. Glücklicherweise folgten die Arbeiter uns und nicht den Rechtssozialisten und als Hauptarbeit am Revolutionstage gelang war, packten sich jene schleunigst der Situation an. Der Mann Scheidemanns, der gegen die Revolution gerufen hatte, war kaum geschlossen, um sich alsbald wieder zu öffnen: die Revolution zu preisen und die sozialistische Republik auszurufen, als seine Augen sahen, daß die verpönte Revolution siegreich war.

Im Gegensatz zu den Rechtssozialisten haben wir die Kriegspolitik auf das schärfste bekämpft, haben die Arbeiter aufgerufen zum Kampf gegen sie. Durch unsere Kriegspolitik und unsere Agitation haben wir die geistige Vorbereitung der Revolution getroffen, die jene bekämpften.

Wir haben also alle Ursache, zu erklären: Wir sind vom tiefsten Mißtrauen gegen die Rechtssozialisten erfüllt, wir sind der Ueberzeugung: der Feind von gestern kann kein zuverlässiger Freund von heute sein, wir bleiben deshalb selbständig als U. S. P.

Diese Argumentation würde unser Verhalten jedoch nur halb begründen.

Die Politik der Rechtssozialisten seit der Revolution hat bereits zur Evidenz erwiesen, wie berechtigt unser Mißtrauen ist.

An den alten Sünden vor der Revolution sind neue, nicht minder schwere nach der Revolution gekommen.

Halbheit und Doppelzüngigkeit kennzeichnet ihre Politik auch nach der Revolution in all ihren Maßnahmen. Nur wenige Beispiele mögen diese Tatsache erhärten. Bereits am Tage der Revolution, als die David, Scheidemann und Ebert uns ersuchten, in die Regierung einzutreten, machte David den Vorschlag: vom Kaiser und dem Kronprinzen Abdankung zu verlangen, dem Enkelkind Wilhelms jedoch die Krone zu erhalten. Er wollte also die Monarchie, nach siegreicher Revolution, wieder errichten.

In der Nacht vom 9. zum 10. November versuchten Rechtssozialisten unter Führung Antricks den provisorischen Soldatenrat zum Staatsstreich zu verleiten, indem sie sie aufzuputschen versuchten, nicht zur Soldatenratswahl zu schreiten und nicht in die konstituierende Versammlung des Zirkus Busch zu gehen. Durch den Genossen Stein, der diese Aufreizungen mit angehört hatte, wurden die Soldaten von der Durchführung dieses verbrecherischen Vorschlages abgehalten.

In derselben Nacht setzte dann noch ein Aufhetzen der Soldaten gegen uns ein, durch Flugblattverteilung und mündliche Verleumdung, deren Erfolg sich in der Stimmung im Zirkus Busch am Abend des 10. November zeigte.

Dieses Aufhetzen der Soldaten gegen uns ist fortgesetzt worden bis auf den heutigen Tag, während heuchlerisch die „Einigkeit" gepredigt wird.

Unsere Genossen sind in die Regierung eingetreten unter bestimmten Bedingungen, davon war die eine: Der Arbeiter- und Soldatenrat ist als Träger der politischen Macht anzuerkennen.

Auf dem Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte stemmte sich Ebert mit aller Macht gegen die Anerkennung dieses Rechts, setzte dessen Einschränkung durch, worauf die Mitglieder der U. S. P. den Eintritt in den Vollzugsrat ablehnten.

Im Kabinett wurde vereinbart, nach heftigem Kampfe seitens unserer Mitglieder: die Wahl zur Nationalversammlung soll, vorbehaltlich der Zustimmung des Rätekongresses, am 16. Februar stattfinden. Ebert als Mitglied des Kabinetts hält Soldaten- und Volksversammlungen ab, in denen er für die Wahl am 19. Januar Stimmung macht.

Derselbe Ebert beschuldigt jedoch den Genossen Barth der Unkollegialität, wenn er spricht, über noch schwebende Verhandlungen, bei denen er den Widerstand der Rechtssozialisten bereits zu spüren bekam: als es sich darum handelte, den berüchtigten Grenzschutz zu beseitigen, der von so ungemein verhängnisvollen Folgen für unsere innere und äußere Politik werden kann.

Statt ihre ganze Kraft zur Bekämpfung der Konterrevolution und den offenen Hochverrat des Zentrums zu richten, wird Tag für Tag der Kampf gegen links geführt und damit jene Atmosphäre erzeugt, in der die Konterrevolution prächtig gedeiht.

Die Forderungen der Soldatendeputationen auf dem Kongreß, Selbstverständlichkeiten im Interesse der Revolution, für die wir unausgesetzt eingetreten sind, werden verdächtigt und verunglimpft. Ihrem Widerstand ist es geschuldet, daß das Auswärtige Amt noch immer nicht gesäubert ist von den Konterrevolutionären.

Die Trennung von Staat und Kirche, eine Forderung des Erfurter Programms, das angeblich auch für die Rechtssozialisten noch gilt, wird als Vorwand genommen, um gegen Adolf Hoffmann zu hetzen, der damit schuld sein soll an dem Hochverrat des Zentrums, das auf die Loslösung einer Rheinisch-westfälischen Republik vom Deutschen Reiche hinzielt.

Nur wenige Beispiele, die sich stark vermehren ließen, die aber deutlich zeigen, daß von einer zielklaren Politik bei den Scheidemännern nicht die Spur anzutreffen ist.

Von den bürgerlichen Schichten der Bevölkerung werden sie dann auch, mit Recht, als die Schützer der Kapitalsinteressen angesehen.

Daraus ergibt sich, daß wir als selbständige Partei eine wichtige historische Aufgabe zu erfüllen haben: die Regierung zu überwachen und vorwärts zu treiben zur schnellen energischen Inangriffnahme der Sozialisierung.

Insbesondere aber: die Massen der Arbeiter unter unserer Fahne zu scharen zu einer energischen, zielklaren sozialistischen Politik, zur Rettung der Revolution.

Das Interesse des Proletariats erfordert also nicht Verschmelzung der Parteien, wobei es den grundsatztreuen Sozialisten just so gehen würde, wie den U. S. P.-Vertretern auf dem Rätekongreß, sondern: Selbständigkeit der U. S. P. als treue Verfechterin der Ideale des Sozialismus, als Hüterin der Revolution und ihrer Errungenschaften.

Bildchen vom Rätekongreß.

Auf der Präsidententribüne steht die Abordnung der Berliner Garderegimenter mit Schildern an Holzstäben, deren Inschriften unzweideutig die Forderung der Berliner Soldaten aussprechen. Ein großer Teil der Mehrheitssozialisten hat fluchartig unter der Führung Severings den Saal verlassen getrieben vom bösen Gewissen. Die Abgeordneten der Soldaten Berlins rufen drohende Worte nach den Bänken der Offiziere, die sich selbst als „Frontruppen" fühlen und den Berliner Garderegimentern, die vor wenigen Tagen erst von der Front zurückgekehrt sind, ganz offen den Vorwurf machen, daß sie ja gar keine Frontsoldaten seien und die der Anspruch erheben, daß nur „sie" die Interessen der Soldaten zu vertreten hätten. Unter den Führern der Abordnung Vertreter der republikanischen Soldatenwehr und — der Unteroffizier Spiro, der mit heftigen Worten gegen die Täuschung sich verwahrt, die am 6. Dezember mit den Soldaten vorgenommen worden ist. Auf der Ministerbank bleich und fassungslos Herr Ebert. Die, auf die er sich stützen wollte, stehen vorn, umbraust vom Beifall der unabhängigen Vertreter, erbittert gegen die Rechtssozialisten und ihre Regierungsmänner. Haase tritt ans Rednerpult, nun glaubt Herr Ebert den Augenblick gefunden, wo er reden muß, um zu beschwichtigen, zu beschwören, zu versprechen. Er drängt sich neben Haase, er versucht sich vorzuschieben. Da, ein einstimmiger Schrei, „fort mit Ebert, fort mit dir, herunter!" Minutenlanger Lärm. Herr Ebert muß zurückweichen. Er zieht sich in den Hintergrund zurück.

•

Ein weiteres Bildchen. Am Schluß der Tagung. Herr Scheidemann auf der Rednertribüne, mit allen Anzeichen der Nervosität und der Fassungslosigkeit. Im Saal der größte Tumult, schrille Pfiffe von den Tribünen, Zwischenrufe, deren Inhalt untergeht im Lärm, geballte Fäuste. Der ganze Konzertsaal ein brandendes Meer. Plötzlich drängt sich ein Matrose an Scheidemann heran und schüttelt die Faust gegen ihn: „Warum hast du noch nicht Selbstmord begangen?" Tosender Beifall, ungeheurer Lärm von den Rechtssozialisten. Scheidemann weicht zurück. Er geht, verschwindet durch die Türen im Hintergrund . . .

Verlag: Volksblatt, G. m. b. H.; Druck: Hallische Genossenschafts-Buchdruckerei G. m. b. H.

Der Lotse und sein Weib.

7] Roman von Jonas Lie. Nachdr. verb.

Drittes Kapitel.

Die Korvette Der Adler war gerade von einer Uebungsfahrt im Mittelmeer in Arendal eingelaufen. Nun lag sie im Hafen und erregte Aufsehen durch ihre hohe Takelung, die blanken Messingstropfen, welche aus den Stückpforten guckten, durch ihr Gewimmel von Matrosen und durch ihre schneidigen Orlogsmanieren *) bis herab zur schrillen Pfeife und den Trommeln, die ab und zu an Bord gerührt wurden.

Gjert hatte Erlaubnis erhalten, mit einem der Lotsen in die Stadt zu gehen und das Kriegsschiff zu besehen, denn die allgemeine Neugier war durch eine Menge Gerüchte, die über dasselbe umliefen und beständig wuchsen, noch höher gespannt worden. Man erzählte sich mit bedeutungsvollem Winkern, daß es eine Tampexpedition **) gewesen, und es herrschte sowohl unter Gjerts Kameraden als unter dem Volk im Hafen unten ein gewisses Grauen vor dem Fahrzeug. Sooft die Pfeife ertönte, möchte man die dunkle Vorstellung, nun bekomme jemand die Katze ***), und die neugierigen Boote hielten sich lieber ein bißchen in Abstand.

Soviel war an der Geschichte wahr, daß unter der Mannschaft an Bord ein gewisses Mißvergnügen gegen einen der Offiziere herrschte, den man seiner Heftigkeit wegen haßte. Zu seinem Unglück hatte er gerade den Liederdichter der Besatzung die Neunschwänzige fühlen lassen; daher sangen sie beim Gangspill eine Weise, die bald über den ganzen Hafen hin in Baß und Sopran erklang.

Gjert war die ganze Zeit über unermüdlich mit dem Schiff und allem, was dasselbe betraf, beschäftigt gewesen, und als sie im Laufe des nächsten Tages heimsegelten, war er ganz erfüllt von dem, was er gesehen und gehört. Wer auch in solch einer kühn und goldig glitzernden Uniform dort an Bord umhergehen könnte! Frederik Beck, mit dem er eine besondere Freundschaft geschlossen, seitdem er ihn in Arendal vor Schlägen gerettet, hatte ihm davon erzählt.

Mittlerweile war eine tüchtige Kühlte aufgesprungen, welche für den Abend alles eher als gutes Wetter prophezeite, und die Schute wendete mit drei Reefen im Segel heim.

Der Lotse war einigemal bei der Fahne gewesen, um nach Gjert auszuschauen, und saß nun zu Hause und heftete eine alte Seekarte zusammen, während der Sohn am Bandungsplatz herauflief und mit schmetternder Stimme die neue Weise in den Wind hinaussang:

„Ein Hurra für manche lustige Wacht,
— Hui — ui, so schlag' nur los! —
Für den Rücken, der brannt — in dem heißen Land —
Dort draußen in Engelland!

Nun, Bootsmannsmaat, sag an, mein Schatz,
Ob noch nicht müde ist deine Katz'?
— Hui — ui, so schlag nur los! —
Zwei Dutzend, mein Kind, noch übrig sind —
Dort draußen in Engelland!

Auf des Königs Kanon' kriegt er seine Nation!
— Hui — ui, so schlag nur los! —
Auf der Vormarsspitz' ist der Freiwacht Sitz —
Dort draußen in Engelland!

Ja solchen Seemann findest nit mehr,
— Hui — ui, so schlag nur los! —
Dort draußen, tralla, dort draußen, tralla —
Dort draußen in Engelland!"

Leise pfeifend blieb er im Flur stehen, um die letzte Strophe zu vollenden, und Mann und Frau wechselten einen Blick, als sie den Sohn hörten.

In der Stube war die Mutter eben dabei, die Jause herzurichten. Als Gjert eintrat, war ihm leicht anzusehen, daß er voll merkwürdiger Geschichten steckte und sich dessen bewußt war. Mit raschem Gruß zog er einen Stuhl zum Tisch und setzte sich, obgleich die Mutter noch nicht aufgetragen — er hatte einen Wolfshunger.

„Nun Gjert," sprach die Mutter, nachdem der Knabe eine Weile gegessen und sich umgesehen hatte, augenscheinlich eine Aufforderung zum Erzählen erwartend; „du warst also an Bord?"

„Nein, ich nicht; aber ich habe Leute gesprochen, die an Bord gewesen sind. Uebrigens sah ich alles," versicherte er mit selbstbewußtem Kopfnicken, „vom Mars des Schoners Union'a, der ganz daneben lag — er reichte nicht höher als gerade bis über die Verschanzung —, er hätte die Barkasse der Korvette sein können . . .

„. . . Wenn er ein hübsches Teil kleiner gewesen wäre," ergänzte trockenen Tones der Lotse, indem er zum Geschrank ging und die Kartenrolle weglegte.

Gjert begann nun, zur Mutter gewendet, eine Menge Vergleiche zugunsten der Korvette anzustellen — allein er wurde darin vom Vater unterbrochen: „Was hast du denn vorhin gesungen?"

„Ah . . . das Lied von der Tampexpedition."

„So . . . war denn wirklich etwas daran?" fragte der Lotse mit einem forschenden Blick auf den Sohn, denn er pflegte derlei Gerede nicht zu glauben.

Das Interesse, mit welchem der Lotse sich an den Knaben wendete, schmeichelte Gjerts Selbstgefühl außerordentlich und er hatte die ganze Zeit vor Verlangen gebrannt, dies zu erzählen; so war es kein Wunder, daß er nun im Tone tiefster Ueberzeugung in die Worte ausbrach: „Ja, das kannst du glauben, Vater! Einige sagen sechs, andre sagen neun; aber daß sie alle zu Tode geprügelt worden und zu den Haifischen im Mittelländischen Meer drunten gefahren sind, das ist so gewiß, wie, ja, wie . . .", er sah sich voll Eifer nach einem Gegenstand um, bei dem er dies beteuern könnte, und da kein andres schlagendes Bild vor ihm aufstieg, schloß er endlich mit dem einzigen matten: „als wie der Zeiger dort auf der Uhr steht!"

Die Mutter mußte sich infolge dieser Erzählung tritt dem Teller im Schoß auf die Bank setzen. Sie sah erschrocken vom Sohne zum Mann hinüber, dessen Miene sie aber etwas beruhigte.

„Von wem hast du das, Gjert?" fragte er endlich ganz ernst.

„Von wem ich das habe? Von allen habe ich es!" Doch im richtigen Gefühl, daß dieses „Alle" in seinem ungläubigen Heim für nicht besser als „Keiner" erachtet werden würde, fuhr er fort: „Von Frederik Beck. Er hat selbst mit einem Matrosen gesprochen, der unten im Offiziersgang Wache hielt, während der Kapitän an Land war, und er erzählte noch ganz andere Sachen."

„Das scheint freilich ein glaubwürdiger Mann gewesen zu sein!" bemerkte der Lotse mit lustigem Spott. — „Nun, und was erzählte er weiter?"

„Oh, vielerlei!"

„Nun also!"

„Oh, — es war ein Orkan gewesen, so daß sie eine ganze fortgewehte Stadt auf dem Meere treiben sahen; der Pastor stand gerade und predigte den Verunglückten; — und dann waren sie in der Meerenge von Gibraltar so nahe am Land vorbeigekreuzt, daß sie vom Bugspriet aus eine Palme an Bord genommen, auf welcher eine ganze Negerfamilie saß, die man dann später wieder ans Land setzen mußte."

*) Orlogschiff = Kriegsschiff.
**) Tamp = Tauende als Züchtigungswerkzeug.
***) Die neunschwänzige Katze = ein Züchtigungswerkzeug.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219181228-19/fragment/page=0005

Seht die Wählerlisten ein!

Kundgebungen des Arbeiter- und Soldatenrates.

Warnung.

Trotz ausdrücklichem Verbots des Kriegsministeriums sind noch immer zahlreiche Fälle zu verzeichnen, daß durch Angehörige (Führer und Mannschaften) von zur Demobilisierung kommenden Truppenteilen allerlei Heeresgut, wie Pferde, Wagen, Geschirre usw. an Zivilpersonen freihändig ohne Kenntnis der die Abgabe leitenden behördlichen Instanzen verkauft werden.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß dieses ein unzulässiges und strafbares Verfahren ist, bei dem Käufer und Verkäufer sich schwerster Ahndung durch die Gerichte aussetzen. Den betreffenden Käufer trifft außerdem noch ein materieller Schaden, weil solche Güter, sofern deren widerrechtlicher Ankauf den Behörden zur Kenntnis kommt, ohne irgendwelche Vergütung der Beschlagnahme unterliegen.

In verschiedenen Fällen in der letzten Zeit sind sogar Armeepferde aus Ställen und Versteigerungsräumen gestohlen worden. Vor Ankauf dieser Tiere oder sonstigen anderwärts gestohlenen Heeresgutes wird dringend gewarnt, da die bestehenden Gesetze mit aller Schärfe und rücksichtslos angewendet werden.

An die Bevölkerung ergeht die dringende Bitte, ihren Teil, derartige Vergehen zu verhindern, dazu beizutragen und jeden Fall widerrechtlichen Angebots oder Verkaufs von Heeresgut den zuständigen Polizeiorganen oder der unterzeichneten Stelle sofort zu melden. Nur so kann vermieden werden, daß große Werte im Interesse des Volkes erhalten bleiben.

Der Soldatenrat Halle (S.). Adler. Beilicke.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 28. Dezember 1918

Auf, zur Flugblattverbreitung!

Parteigenossen! Morgen, Sonntag, früh 8 Uhr, müßt ihr alle zur Flugblattverbreitung zur Stelle sein! Treffpunkt sind die Distriktslokale. Keiner fehle!

Frauen! Lernt wählen!

Ein wahres Wettrennen um die Stimmen der Frauen bei den nächsten Nationalversammlungswahlen ist schon bei allen bürgerlichen Parteien im Gange. Bis vor wenigen Wochen haben sie nicht einmal von der Aufhebung der Gesindeordnungen etwas wissen wollen, aber jetzt schwärmen sie für Volksfreiheiten, sogar fürs Frauenwahlrecht, für Demokratie und für Forderungen, die sie gestern noch bekämpft, heruntergerissen und verspottet haben. Es ist Heuchelei dabei im Spiele.

Wenn früher die Sozialdemokratie der Sehnsucht der Frauen nach freiem Menschentum Ausdruck verlieh, wenn sie das Wahlrecht und die volle Gleichberechtigung für die Frauen forderte, dann wurden ihre Vorkämpferinnen als „Blaustrümpfe", als „Stimmrechtsweiber" und „Wahlrechtsamazonen" tituliert. Insbesondere die Wortführer und die Blätter der jetzt „Christlich-Demokratischen Volkspartei", des früheren Zentrums, und dann jene der jetzt „Nationalen Volkspartei", der früheren Konservativen, taten sich dabei vor allem hervor. Sie konnten sich nicht genug tun in solchen Herabzerrungen der Frauenbestrebungen. Da suchten Geistliche mit ihrem ganzen Einfluß ihren Gläubigen beizubringen, daß die neuzeitlichen Frauenforderungen, wie Wahlrecht usw., gegen die Gebote Gottes seien. Da bildeten sich, gehätschelt und gepflegt von den bürgerlichen Parteien besondere Frauenvereine, wie der „Deutsche Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation", und verrieten schon in ihrem Namen ihre direkte Feindschaft gegen die jetzige Gleichmachung der Frau. Sein würdiger Nachbar war der „Deutsch-Evangelische Frauenbund".

Selbst die sogenannten Liberalen, die sich heute zur „Deutschen demokratischen Partei" vereinigt haben, lieferten bis vor kurzem noch die schönsten Beweise der Rückständigkeit. Als im Januar 1914 im Reichstag ein Antrag zur Beratung stand, den Frauen das aktive und passive Wahlrecht zum Reichstag zu gewähren und allein die Sozialdemokraten dafür eintraten, diesen Antrag der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, da stimmte auch der weitaus größte Teil der Liberalen diesem Antrage nicht mal bei. Sie gaben ihre Stimme dafür ab, den Antrag der Regierung nur „zur Kenntnisnahme" zu überweisen, was soviel heißt wie: „Beile dich nicht Regierung; wir haben's selber noch nicht eilig mit der Empfehlung solcher Anträge!" Ja, sogar noch im Januar dieses Jahres 1918, also zu einer Zeit, als die werktätige Masse der deutschen Frauenwelt bereits jene unnennbaren Kriegsopfer gebracht hatte, so daß Bethmann Hollweg einst sagte: „auf den Knien möchte man diesen Frauen danken", selbst zu dieser Zeit lehnten im Preußischen Abgeordnetenhaus alle Parteien einen Antrag auf sofortige Einführung des Frauenstimmrechts ab — alle Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokratie.

Und jetzt treten diese Parteien, gedeckt, wie sie glauben, durch ein neues Firmenschild, als Werber vor die Frauen hin und muten ihnen zu, wie zum Dank für alle frühere Abweisung, Vertreter dieser Parteien in die neue gesetzgebende Körperschaft, in den Nationalrat, zu entsenden!

Es müßt sonderbar in der Seele unserer Frauen und Mädchen aussehen, wenn sie dafür nicht die richtige Abweisung fänden!

Der Wahlakt ist hochernst; nie war eine so wichtige Entscheidung wie bei ihm in die Hand des deutschen Volkes gegeben. Nun: so wenig es dabei den ganzen besitzenden Klassen einfällt, solche Vertreter ins Parlament zu wählen, die bisher für ihre Forderungen nur Abweisung hatten, so wenig darf dies auch den arbeitenden und nichtbesitzenden Massen einfallen.

Auch wir müssen zu unserer Klasse halten. Kein noch so schönes Nach-dem-Munde-Reden von bürgerlichen Herren und Damen oder solchen „Herrschaften" darf uns darin wankend machen. Die bürgerlichen Parteien sind belastet mit den Taten ihrer Vergangenheit. Sie sind mit ihrem Herzen so wenig bei den Forderungen der neuen Zeit, daß allen Ernstes zu befürchten ist, sie würden, wenn sie die Mehrheit erhielten, ganz wesentliche der errungenen Fortschritte, und so auch das Frauenwahlrecht, wieder aufheben.

Schon aus der tiefen inneren Feindschaft, mit der sie diesem Rechte gegenüberstehen, muß sich für unsere Frauen und Mädchen die klare und einfache Parole ergeben, am Wahltag für die Kandidaten und Kandidatinnen der Unabhängigen Sozialdemokratie zu stimmen.

Aber wir bitten auch die Frauen, sich weiter über die Bestrebungen dieser Partei zu unterrichten. Deshalb besucht ihre Versammlungen, lest ihre Flugblätter und Parteizeitungen: ihr werdet dann finden, daß es ein hohes, sittliches Gebot ist, diese Partei zu unterstützen, die mit reinem Schild vor das Volk tritt.

Diese Entscheidung über das künftige Schicksal Deutschlands ist vor allem in die Hand der Frauen gegeben! Daher, Frauen und Mädchen, stimmt für die Unabhängige Sozialdemokratie!

Seht die Wählerlisten ein!

Die Wählerlisten zur Nationalversammlung liegen aus vom Montag, den 30. Dezember 1918 bis einschließlich Montag, den 6. Januar 1919, in der Turnhalle der alten Volksschule, Neue Promenade 13, von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags. Einsprüche gegen die Wählerlisten können bis zum Ablauf der Auslegungsfrist beim Magistrat der Stadt Halle schriftlich oder mündlich angebracht werden.

Das Wahlbureau

der U. S. P. D., Harz 42-44, II, Zimmer 23-24, gibt Listen zur Eingeichnung heraus. Benützt diese Listen in den Betrieben, auf den Bauten, zeichnet eure Familienmitglieder mit ein. Diese Listen sind zu haben bei allen Partei-Funktionären und in folgenden Distriktslokalen:

Distrikt 1: Thiersmann, Talamtstraße 9.
Distrikt 2: Kausch, Martinsberg 6.
Distrikt 3: Goldene Kette, Alter Markt 11.
Distrikt 4: Hanse, Mansfelder Straße 11.
Distrikt 5: Lohse, Jakobstraße 23.
Distrikt 6: Schade, Bertramstraße 18.
Distrikt 7 u. 7a: Müller, Böllberger Weg 23.
Distrikt 8: Letzter Dreier, Merseburger Straße 32.
Distrikt 9: Schnabel, Merseburger Straße 54.
Distrikt 9a: Letzter Dreier, Merseburger Straße 32.
Distrikt 10: Letzter Dreier, Merseburger Straße 32.
Distrikt 11: Dillner, Landsberger Straße 56.
Distrikt 12: Gewerkschaftshaus, Harz 42-43.
Distrikt 13: Stricker, Krausenstraße 4.
Distrikt 14: Gewerkschaftshaus 42-43.
Distrikt 15: Gewerkschaftshaus, Harz 42-43.
Distrikt 16: Volkspark, Burgstraße 27,
Distrikt 17: Emmer, Eichendorffstraße 19.
Distrikt 18 u. 18a: Volkspark, Burgstraße 27.
Distrikt 19: Bernstein, Göthestraße 3.
Distrikt 20: Lindenhof, Kröllwitz.

Ferner in den Zigarrengeschäften von Albrecht, Lindenstraße 53, und Sanow (Inh. Spengler), Geiststraße 5 und in sämtlichen Filialen des Allgemeinen Konsumvereins.

Das Wahlbureau ist geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends (auch Sonntags).

Wer nicht in der Wählerliste steht, verliert sein Wahlrecht!

Die Wählerlisten für die Wahlen zur Nationalversammlung

werden, wie der Magistrat bekanntgibt, Montag, den 30. Dezember, bis einschließlich Montag, den 6. Januar 1919, in der Turnhalle der alten Volksschule, Neue Promenade 13, von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags zu jedermanns Einsicht ausgelegt. Einsprüche gegen die Wählerlisten können bis zum Ablauf der Auslegungsfrist beim Magistrat der Stadt Halle schriftlich oder mündlich angebracht werden.

Das städtische Mieteinigungsamt

teilt folgendes mit: Bei den bevorstehenden Kündigungen ist zu beachten:

1. Das Mieteinigungsamt befindet sich Schmeerstraße 1, I, es nimmt täglich von 9 bis 12 Uhr Anträge entgegen, ist aber nur für den Stadtkreis Halle zuständig (für den Saalkreis gilt das Amtsgericht als Mieteinigungsamt). 2. Das Mieteinigungsamt ist unverzüglich anzurufen, d. h. grundsätzlich binnen acht Tagen, nachdem die Kündigung des Vermieters dem Mieter zugegangen ist. Der kurzgefaßte Antrag ist in doppelter Ausfertigung einzureichen. Mietvertrag, Kündigungsschreiben, Mietquittungsuch und Vollmachten sind beizufügen. Die Vorladung zur mündlichen Verhandlung vor dem Mieteinigungsamt geht beiden Parteien schriftlich zu. 3. Zu einer Mieterhöhung ist der Vermieter nicht einseitig befugt; solange der Mieter nicht zustimmt, gilt der alte Mietzins. Als zulässiger Steigerungssatz gilt im allgemeinen beim Mieteinigungsamt 10 bis 15 Prozent Aufschlag auf den Friedensmietzins. Kündigt der Vermieter auf Grund der abgelehnten Mieterhöhung, so hat der Mieter unverzüglich das Mieteinigungsamt anzurufen. Wie die Kündigungen können auch die Steigerungen nur unter Einhaltung der vertraglichen Kündigungsfrist erfolgen (z. B. kann bei vierteljährlicher Frist der Vermieter nicht im Dezember d. J. vom Mieter verlangen, schon am 1. Januar 1919 die erhöhte Miete zu bezahlen. Die Erhöhung würde erst ab 1. April 1919 in Kraft treten). 4. Weigert sich ein Hauswirt, dem Mieter das Abvermieten möblierter Zimmer zu gestatten, so kann der Mieter beim Mieteinigungsamt den Antrag stellen, an Stelle des Vermieters diese Erlaubnis zu erteilen. 5. Das Verfahren vor dem Mieteinigungsamt ist gebührenfrei. Nur die Auslagen für ein etwaiges Beweisverfahren (Zeugenvernehmung) sind zu erstatten.

* **Aerzte und Krankenkassen.** Aus dem Reichsarbeitsamte wird mitgeteilt: Mit Ende dieses Jahres läuft eine große Zahl der von den Krankenkassen mit ihren Aerzten geschlossenen Verträge ab. Um da, wo bisher keine Einigung über die neuen Vertragsbedingungen erzielt werden konnte, den Eintritt eines vertragslosen Zustandes zu vermeiden, empfiehlt es sich, eine Vereinbarung der Kassen mit ihren Aerzten, wonach die letzteren die Behandlung der Krankenkassenmitglieder vorläufig auf die Dauer eines Jahres unter den alten Bedingungen, aber mit dem Vorbehalte fortsetzen, daß durch Schiedsspruch die Vergütungen um 10 bis 33⅓ vom Hundert heraufgesetzt werden. Eine Verordnung des Rates der Volksbeauftragten erleichtert den Kassen, die sich trotz eines Anerbietens dieser Art mit ihren Aerzten nicht einigen können, die Erlangung des in § 370 der Reichsversicherungsordnung vorgesehenen Rechtes, den Kassenpatienten statt einer ärztlichen Behandlung geldweise eine Barvergütung zu gewähren, womit sich diese dann die ärztliche Hilfe unmittelbar verschaffen können.

* **Zur Beachtung für Rentenempfänger.** Das Versicherungsamt der Stadt Halle weist auf folgendes hin: Die Zulagen an Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Witwerrente aus der Invalidenversicherung, sowie von Verletztenrenten aus der Unfallversicherung werden im Jahre 1919 weitergewährt. Für die Zeit vom 1. Januar 1919 bis 31. Dezember 1919 erhalten auch die Empfänger einer Altersrente eine monatliche, im voraus zahlbare Zulage von 8 Mk. zu ihrer Rente. Die Quittungs-Vordrucke für Invaliden-, Witwen-, Witwer- und Altersrenten sind auf den hiesigen Polizeirevieren zu haben, die für Unfallrenten sind von den Berufsgenossenschaften zu beziehen.

* **Oefen, Herdsenerungen und Zentralheizungen instandsetzen — Kohlen sparen!** Einer der Hauptanlässe zur Kohlenverschwendung ist der schlechte Zustand, in dem sich in fast allen Haushaltungen die Oefen, Küchenherde und Zentralheizungen infolge der Abnutzung in vier Kriegsjahren befinden, während deren fast keine Reparaturmöglichkeit vorhanden war. Man kann ruhig annehmen, daß diese Verschwendung an wertvollen, jetzt unersetzbaren Brennstoffen in den Großstädten ein Viertel bis ein Drittel des Gesamtbedarfs an Kohle und Koks für den Hausbrand ausmacht. Diese Verschwendung muß angesichts unserer trostlosen Kohlenlage jetzt aufhören. Oefen, Herde und Zentralheizungen müssen jetzt so schnell wie möglich repariert werden. Personal und Material ist vorhanden, es sind schon genügend Töpfer, Zentralheizungsmonteure und Ofensetzer aus dem Felde zurückgekehrt; die Beschlagnahme der erforderlichen Werkstoffe ist aufgehoben. Solange noch die milde Witterung des Vorwinters anhält, ist jede Reparatur leichter ausführbar. An alle Hausbesitzer und Mieter richtet die Kriegsamtsstelle Magdeburg die dringende Aufforderung, sofort alle Heizeinrichtungen ihrer Wohnungen gründlich nachsehen und instandsetzen zu lassen. Die uns am Ende des Winters voraussichtlich fehlende Menge unserer Hausbrandkohlen kann nur durch Ersparnis im Betriebe in den nächsten Wochen zum Teil hereingeholt werden, und diese Ersparung ist nur möglich, wenn alle Feuerungen in gutem Zustande sind.

* **Neujahrskarten.** Die Postverwaltung ersucht, bei der Versendung von Neujahrskarten folgendes beachten zu wollen: Nach der Postordnung dürfen die von der Privatindustrie hergestellten Postkarten in Form, Größe und Papierstärke nicht wesentlich von den amtlich ausgegebenen abweichen. So sollen beispielsweise Postkarten mit erheblich abgerundeten Ecken und solche, die mehr als 0,5 Zentimeter größer als die gesetzlich ausgegebenen Postkarten oder die kleiner als 10:7 Zentimeter sind, zur Beförderung gegen die Postkartengebühr nicht zugelassen werden. Dasselbe gilt von Karten mit kleinen ausgestanzten Oeffnungen oder Buchstaben, die mittels Durchlochung hergestellt und darauf mit Fäden ausgestickt sind, im weiteren von solchen mit überklebten Schutzdecken, wenn dadurch die Eigenschaft der Postkarte als offene Karte beeinträchtigt wird usw. Postkarten müssen aus Papier hergestellt sein. Postkarten, welche diesen Bestimmungen nicht entsprechen, werden zwar offen befördert, unterliegen aber der Postgebühr für Briefe.

Bei Postkarten und bei den gegen die Drucksachengebühr zu befördernden offenen Karten kann der Absender sowohl über die Rückseite als auch über den linken Teil der Vorderseite verfügen, auf dem rechten, für die Aufschrift und die dienstlichen Vermerke bestimmten Teil der Vorderseite dürfen lediglich die Freimarken, der Empfänger und Vermerke, wie „Einschreiben" usw., nicht aber auch der Name und die Wohnung des Absenders angegeben werden. Vielfach ist die Ansicht verbreitet, daß auf Ansichtskarten usw., die als Drucksachen freigemacht sind, gute Wünsche, Glückwünsche, Danksagungen oder andere Höflichkeitsformen mit höchstens fünf Worten oder den üblichen Anfangsbuchstaben wie u. G. a. w. usw. handschriftlich hinzugefügt werden dürfen. Diese Ansicht ist unzutreffend. Die angeführten schriftlichen Zusätze sind nur bei gedruckten Visitenkarten sowie bei Weihnachts- und Neujahrskarten zugelassen.

* **Die beschl—ffte Nationalversammlung.** Die Volksstimme hat sich einen neuen Redakteur zugelegt, der anscheinend den Wahlkampf in ganz groß—zügiger Weise zu führen gedenkt. Oder ist es etwa nicht großzügig, angebliche — W—G.-Gespräche unabhängiger Sozialdemokraten in sogenannten „Eingesandts" politisch auszuschlachten? Die Volksstimme besitzt nämlich den guten Geschmack, die W.-C.-s und Räume „für Herren" in den Gastwirtschaften nachpolitisch „anrichtigen" Gesprächen der bösen Unabhängigen durchschnüffeln zu lassen und das Ergebnis ihren Lesern in möglichst pikanter und duftiger Aufmachung feldgefällig vorzusetzen. So wird dem Genossen Schönlank in einem „Eingesandt" nachgesagt, daß er vor etwa acht Tagen gelegentlich einer Versammlung im Volksparke in dem Raume „für Herren", der „sehr voll" war, gefragt habe: „Ist hier wohl Nationalversammlung?" Als jemand auf diese Frage mit ja geantwortet habe, sei von Sch. daraufhin „respektwidrig" bemerkt worden: „Na, das ist gut, dann kann ich auch drauf schiffen!"

Wir wissen nicht, ob die Aeußerung tatsächlich so gefallen ist. Aber wenn sie getan worden ist, so können wir uns wohl denken, daß sie jenes feine patriotische Empfinden aufs tiefste verletzen mußte, das sich in jenen Volksstimme-Artikeln so hochsinnig offenbarte, die in ihrer Wirkung Kampfgenossen von einst verstorbene Monate Untersuchungshaft eintrachten . . .

* **Bruno Heydrichs Konservatorium für Musik und Theater.** Der Unterricht beginnt wieder am Donnerstag, den 2. Januar 1919. Es sei ausdrücklich betont, daß im Konservatorium nicht nur Berufssänger, Instrumentalisten, Schauspieler, Lehrer (die letzteren nach den Satzungen des Direktoren-Verbandes deutscher Konservatorien und Musik-Seminare) ausgebildet werden, sondern auch Klassen für Freunde der Tonkunst eingerichtet sind und in der Meisterklasse für Sologesang und Bühne Unterricht auch an schon ausübende Künstler erteilt wird. Ferner, daß nicht nur Klassen, sondern auch Einzelunterricht belegt werden kann und in der Grundschule erwachsene Anfänger und Kinder schon vom 7. Lebensjahre aufgenommen werden. Näheres siehe Anzeige.

* **Stadttheater.** Heute, Sonnabend, wird Zöllners Oper Die versunkene Glocke mit Anna Engbardt und Julius Neudörfer in den Hauptpartien wiederholt. Sonntag nachmittag 3½ Uhr Schneewittchen. Sonntag abend 7½ Uhr Carmen mit Nina Mehlendorff als Micaela. Montag Stradella mit Alfred Ernesti in der Titelpartie. Dienstag Die Fledermaus. Am Montag und Dienstag nachmittag 3½ Uhr wird Schneewittchen wiederholt.

Thalia-Theater. Am Sonntag, den 29. Dezember, gastiert das Personal des Stadttheaters in Arnold und Bachs Schwank Die spanische Fliege im Thalia-Theater. Am 1. Januar abends 7½ Uhr, wird das Lustspiel Hans Huckebein gegeben.

* **Kaninchendiebstähle.** In der Nacht zum Freitag wurden aus einem Grundstück in der Roonstraße 7 Kaninchen im Werte von 150 Mark gestohlen. Bei einer Familie wurden 8 junge blauschwarze Kaninchen, die aus einem Diebstahl herrühren, beschlagnahmt. In den letzten vier Wochen sind von einem Wüstchen, der inzwischen festgenommen ist, eine Menge Kaninchendiebstähle in Schrebergärten an der Gneisenaustraße, im Naturheilverein H. N. und an der Thielenstraße, Eisenbahngelände, ausgeführt worden. Aus einem dieser Gärten rühren auch die beiden blauschwarzen Kaninchen her. Der Eigentümer der Kaninchen wird ersucht, sich umgehend bei der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 70 oder 71, zu melden.

Vereins- und Vergnügungsanzeigen.

Zoologischer Garten. Morgen, Sonntag, nachmittag 3½ Uhr findet Konzert vom Görlach-Orchester statt. Der Eintritt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219181228-19/fragment/page=0006

…ittspreis beträgt für Erwachsene 50 Pf., für Kinder 20 Pf. Militär ohne Dienstgrad zahlt vorm. 10 Pf., nachm. 20 Pf.

Walhalla-Operettentheater. Das Weihnachtsmärchen Der Struwwelpeter wird Sonntag nachmittag 3½ Uhr bei kleinen Preisen gegeben. Abends 7½ Uhr kommt die Operette Die keusche Susanne zur Aufführung.

D... Welt-Panorama, Große Ulrichstraße 4-5, bringt uns für die Woche vom 29. Dezember bis 4. Januar wieder zwei recht schöne Reisen: Amerika, Arizona, die Baumwollernte und Verarbeitung; Ungarn, die Karpaten und die hohe Tatra.

Der Arbeiter- und Bauernrat für den Saalkreis

nahm in seiner letzten Sitzung zunächst einen Bericht über eine am 20. Dezember stattgefundene Kreisratssitzung entgegen. Diese „erlauchte" Körperschaft, die ihr Dasein nur noch der Langmut der Revolution verdankt, hat sich besonders darüber entrüstet, daß „ihr" Landratsamt — ganz gegen ihren Willen — vom A.- und B.-Rat mit einer roten Fahne geschmückt worden ist. Einer ihrer Sprecher, der feudale Herr Teubner aus Deutleben, drohte sogar die Fahne gewaltsam herunterzuholen. Von unserer Seite auf die eventl. Folgen aufmerksam gemacht, ließen die Herren jedoch von ihrem Vorhaben ab, und fügten sich unter „Protest". Der A.- und B.-Rat für den Saalkreis hat gar keine Ursache, diesen Protest zu beachten; denn er ist die Vertretung der rev. Regierung. — Das Ergebnis der am 4. Dezember stattgefundenen Viehzählung liegt vor. Eine besonders dazu gebildete Kommission wird in den Orten, wo sich die Mitglieder der rev. A.- und B.-Räte an der amtlichen Zählung nicht beteiligen konnten, Stichproben auf die Richtigkeit der gemachten Angaben machen. Gleichzeitig soll dabei eine Nachprüfung der Kartoffelbestände vorgenommen werden; denn es kommt jetzt bereits vor, daß den Bäckern in einigen rein ländlichen Gemeinden die Kartoffeln zur Brotstreckung fehlen. — Auf die Belieferung der großen Industriewerke mit Extralebensmitteln soll ein wachsames Auge gerichtet werden, damit auch von dieser Seite aus dem Wucher und Schleichhandel der Garaus gemacht werden kan. — Dem Vollzugsausschuß des A.- und B.-Rates sind mehrfach Klagen darüber zugegangen, daß die Firma Werther u. Ko., der die Verteilung der Lebensmittel an die einzelnen Gemeinden im Kreise obliegt, bei der Verteilung einzelne Gemeinden ungenügend berücksichtigt haben soll. Die Sache soll durch Vertreter des A.- und B.-Rates untersucht, und sich ergebende Mißstände abgestellt werden. — Auf Vorschlag des Demobilmachungsausschusses soll der für unsern Kreis zuständige Vertreter des Landarbeiterverbandes eingeladen werden, um — ähnlich wie im Mansfeldischen — die Landarbeiterverhältnisse für den ganzen Kreis zu regeln. — Eine längere Aussprache entspann sich auch über die Frage des Anbauzwanges. Auf Grund einwandfreien Materials — bearbeitet von Fachleuten — soll bei der Regierung der Nachweis geführt werden, daß die Bebauung des Bodens in der in den letzten Jahren vollzogenen Art für die allgemeine Volksernährung durchaus schädlich ist. — Ferner nahm die Versammlung nachfolgende Anträge an: 1. Den Amtsvorstehern im Saalkreise wird auf Kosten der Kreiskommunalkasse als Veröffentlichungsorgan des A.- und B.-Rates für den Saalkreis das Volksblatt vom 1. Januar zugestellt. Die Hallische Zeitung wird von diesem Zeitpunkt ab nicht mehr geliefert. 2. Den Gemeindebehörden muß das Volksblatt ebenfalls zur Verfügung stehen. Es wird den örtlichen A.- und B.-Räten dringend empfohlen, das Abonnement in diesem Falle aus Gemeindemitteln bereitzustellen bezw. bereitstellen zu lassen.

Außerdem sei von dieser Stelle nochmals auf die morgen, Sonntag, den 29., morgens 9 Uhr, im Volkspark stattfindende Versammlung sämtlicher revolutionärer A.- und B.-Räte aus dem Saalkreise hingewiesen. Im Interesse aller ist eine vollzählige Beteiligung erwünscht.

Döllnitz. Diebe erbrachen in der Nacht vom Montag zum Dienstag die Viehställe des Buchhalters Gröbel, schlachteten das etwa einen Zentner schwere Schwein an Ort und Stelle ab und verschwanden mit der Beute in der Richtung nach Osendorf zu.

Dölau. 63 Mark und 30 Pf. waren in der letzten Versammlung das Ergebnis der Tellersammlung. In die Partei wurden 28 neue Mitglieder aufgenommen.

Wettin. Die rote Fahne wurde unter recht merkwürdigen Umständen gestohlen. Zu dem Polizeisergeatnen, durch dessen Wohnung der Eingang zum Turm führt, kamen des Nachts einige Männer mit dem angeblichen Auftrage, die Fahne abzuholen. Ohne Widerrede ließ der Polizeisergeant sie ziehen, nachdem die Fahne abgeholt war. Nun will der gute Mann die Räuber der Fahne nicht kennen. Sonderbar, höchst sonderbar!

Allerlei.

Der treue Kamerad Roß.

Von der Magdeburger Pferdeversteigerung erzählt die M. Z. folgendes liebe Vorkommnis: Sonntag vormittag war auf dem Kasernenhof von Feld 4 Pferdeversteigerung. Pferd auf Pferd wurde in den Ring geführt und fand seinen Käufer. Pferde der Kolonne der 3. Abteilung. Da trat ein Mann der Kolonne an den Kolonnenführer heran, man sah ihm an, etwas bewegte ihn tief. Ein Stocken kam in das Vorführen und mit den nächsten zwei Pferden erschien der Oberleutnant mit dem Manne im Ring. In kurzen Worten trug er vor: „Dieser Mann meiner Munitionskolonne hat die zwei Pferde seit drei Jahren vor seinem Munitionswagen gefahren. In der Sommeschlacht, in mancher anderen schweren Lage vorm Feinde. Eins der Pferde ist durch 25 Granatsplitter verwundet. Er kann sich von den Tieren nicht trennen, mit denen er in drei schweren Kriegsjahren Not und Todesgefahr in treuer Kameradschaft überstanden hat. Er ist Landwirt und möchte den Pferden das Gnadenbrot geben, wenn ihm ihre Erwerbung nicht durch Preistreiben unmöglich gemacht wird. Ich bitte, von einer Steigerung abzusehen." Man sah dem Mann das Bangen um seine treuen Tierkameraden an, als er sein Gebot in den Ring rief. Aber keiner bot mit, auch nicht beim zweiten Pferde, und so nahm er stillbeglückt seine Pferde am Kopf, die ihm grüßend leise entgegenwieherten ... Ich hatt' einen Kameraden ...

Briefkasten der Redaktion.

F. H. Nach dem Gesetz beträgt die Rente für die Witwe eines Offiziers bis zum Stabsoffizier 1600 Mk., für die eines Hauptmanns, Oberleutnants, Leunants oder Feldwebelleutnants 1200 Mk. jährlich.

K. G. Irgendwelche geschriebene oder gar gesetzliche Vorschriften darüber, welche Lebensmittel ein Lungenkranker in der Heilstätte erhalten muß, bestehen nicht. Wenn die Beköstigung zu ungenügend ist, müssen Sie eine Beschwerde vorbringen. Am besten an die Stelle, die die Kosten für Ihre Unterbringung bezahlt.

L. Herzberg. Ihre Ausführungen sind wichtig; wir werden davon gelegentlich Gebrauch machen.

F. L. Die jetzigen Aufenthaltsorte verschiedener Truppenteile kennen wir auch nicht. Da müssen Sie sich an das Bezirkskommando wenden.

Nr. 150. Den Antrag auf Abfindung bei Wiederverheiratung können Sie dort bei der Ortsbehörde mündlich anbringen.

Burgörner. Du rotes Land ist nicht druckreif.

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).

Im Hause der Gewerkschaften, Harz 42/44, Zimmer 5 bis 7.
Sprechstunden nur wochentags von 11—1 Uhr und abends von 6—8 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen.

Kopfläuse u. Brut vernichtet Lauto 3fach stark geruchlos
Flasche 2,75 Mark, zur Kur ausreichend, in Apotheken und Drogerien zu haben. Wo nicht erhältlich, schreibe man an die Firma NEOPHARM, Hannover. Nr. 48.
*1/38

Goldener Adler, Ammendorf
Besitzer: Frau M. verw. Landmann.
Sonntag, den 29. Dezbr., von 4 Uhr an:
Letzter Tag des *2200
großen Geldpreis-Kegelns.

Halle-Kröllwitz. **„Lindenhof"** Halle-Kröllwitz.
3938 Sonntag, den 29. Dezember:
Anfang 4 Uhr. **Tanz-Kränzchen.** Anfang 4 Uhr.

Gasthaus Neukirchen!
Dienstag, den 31. Dezember: *2196
Silvester-Ball.
Anfang 6 Uhr.
Es ladet ergebenst ein E. Schatz.

Ansichts-Postkarten empfiehlt Die Volksbuchhandlung.

Arbeitsmarkt

800 Lehrlinge
für fast alle Berufe sucht das *1985
Städtische Arbeitsamt
Abtlg. Lehrstellenvermittlung, Salzgrafenstraße 2.

Für Ochsen-Gespanne
suchen wir sofort vier Familien, ältere, landwirtschaftlich erfahrene Leute, bei freier Wohnung u. angemessener Löhnung.
*2188 Meldungen persönlich bei
Fa.: Gebrüder Baensch, Dölau
bei Halle (Saale).

Geschirrführer
für sofort gesucht. *2188
Winter, Ammendorf.

Tücht. Automaten-Einrichter und Schraubendreher
per sofort gesucht.
Hallesche Schraubenfabrik G. m. b. H.,
Diemitz-Halle. *2099

Jüngeren Schmiedegesellen
sucht sofort *2190
Karl Naumann, Schmiedemeister, Alsleben a. S.

Zur Hausarbeit und zum Servieren
sauberes fleissiges Mädchen für sofort gesucht.
Bitte melden von 5—7 Uhr nachmittags. 3942
Speisehaus, Grosse Ulrichstrasse 25 II.

Fuhren aller Art 3922
nimmt an **A. Dummer,** Leipzigerstr. 54 II.

3981 **Wir kaufen**
zur Friedensarbeit von Privaten, Händlern und Industrie Blei, Kupfer, Messing, Weiß- oder Lagermetall, Eisen, Schafwolle, Strumpfwolle, Knochen, Sackzeug, Lumpen, Papier, Bücher, Zeitungen usw. zu höchsten Preisen.
Theuring & Ackermann,
Triftstraße 24 und Große Brunnenstraße 60/61.
Telephon 4363. Haltestelle der Straßenbahn 7. Telephon 4363.

Pferde-Versteigerung
für die
Stadtkreise Halle und Weißenfels
sowie für den Kreis Roda S.-A.
Am Montag, den 30. Dezember, 9 Uhr vormittags,
findet in den Stallungen der Landwirtschaftskammer, Halle a. S., Lutherstraße, die Versteigerung von ca.
300 Militärpferden
meistbietend gegen Barzahlung statt.
Zugelassen sind zum Ankauf der arbeitsverwendungsfähigen Pferde nur solche Angehörige der oben genannten Kreise, die im Besitze einer von den zuständigen Polizeiverwaltungen, beziehungsweise Landratsamt dieser Kreise ausgestellten roten oder weißen Pferdekarte sind.
Händlern ist der Besuch der Versteigerung arbeitsverwendungsfähiger Pferde und das Bieten darauf untersagt.
Kriegsanleihe wird bis zur Höhe des Kaufpreises in Zahlung genommen.
Ausgenommen von der Annahme ist der laufende Zinsschein der zur Abgabe kommenden Kriegsanleihestücke. Dieser wird dem Käufer belassen, dafür hat der Käufer die Stückzinsen vom Zahlungstage an bis zum Tage der Fälligkeit dieses Zinsscheines zu entrichten.
Saumzeug ist mitzubringen.
Das ersteigerte Pferd ist sogleich mitzunehmen. 3945
Garnison-Kommando Halle-Saale.

Fuhren jeder Art sowie kleine Räumfuhren werden angenommen Karzerplan 1, Günther. 3936

Dreher, Schlosser, Mechanik. u. Klempner
mit ca. 8000 M., zur Beteil. an landwirtsch. Masch.-Fabr., b. Halle ges. Hergestellt werd. 2 gangb. Spezialmaschinen. Antrag. unt. V. H. 460 bef. d. Exped. ds. Blattes. 2990

Aus dem Felde zurückgekehrt, nehme ich meine Praxis wieder auf. 2207
Dr. Carl Nesse
Leipzigerstr. 52, II. :: Fernruf 2830.
Sprechzeit: Vormittag 8—10 Uhr, Nachmittag 3—4 Uhr.

Flechten, Wunden, offene Füsse, Krampfaderleiden, heilt sogar in verzweifelten Fällen mit oft überraschendem Erfolg die hautbildende schmerz- und juckreizstillende „Vater Philipp-Salbe". Preis 1,80 und 3,50 M.; erhältlich in Apotheken. Man hüte sich vor Nachahmungen und bestelle, wo nicht erhältlich, direkt bei *2185
Tutogen-Laboratorium, Szittkehmen-Rominten. 126

Oberpollinger.
Täglich: Große Künstler-Konzerte der beliebten Hauskapelle. 3919
Harry Thora, das musikalische Genie.
Sonntag, von 11 bis 1 Uhr: **Gr. Frühschoppen-Konzert.**
Nachmittags und abends grosser Betrieb.

Altenburger Hof
am Alten Markt, Eing. Kutschgasse.
Täglich Künstlerkonzert
der Hauskapelle unter Mitwirkung des beliebten Herrn Otto Schirm u. Partnerin.
Ergebenst ladet ein Otto Kampe.
3947 Sonntag: **Frühschoppen.**

Hippodrom.
Wintergarten.
Direktion: Georg Arndt.
Täglich
ab
4 Uhr
*2201
Sport-Fest.
Silvester
grosser Kavalier-Ball
mit Ueberraschungen.

Wasserleitungshähne

mit und ohne Schlauchverschraubung aus schmiedbarem Guss, an Dauerhaftigkeit und Unverwüstlichkeit den
Messinghähnen
gleich, liefert
H. Paul Beige,
Halle a. S., Magdeburgerstr. 57. 1914
Grosshandlung in Armaturen.

Die Diensträume des Stadternährungsamts, Büro für Abfertigung der Militärurlauber, sind am 31. Dezember 1918 (Silvester) ununterbrochen von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends und am 1. Januar 1919 von 10—12 Uhr vormittags zur Abfertigung der Militärurlauber geöffnet.
Halle, den 28. Dezember 1918. Der Magistrat.

Der Kaufmann Herr Bernhard Borgis, Domplatz 10, ist zum Schiedsmann für den 1. Bezirk auf eine dreijährige, am 15. Dezember 1918 begonnene Amtsdauer gewählt und bestätigt worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219181228-19/fragment/page=0007

Oeffentliche Frauenversammlung

Montag, den 30. Dezember, abends ½9 Uhr, im Thalia-Saal.

„Die politischen Parteien."

Die Deutsch-Nationale Volkspartei.
(Geheimrat Veretzsch.)

Die Sozialdemokratische Partei.
(A. Thiele, Schriftleiter.)

Die Deutsch-Demokratische Partei.
(Geheimrat Abderhalden.)

Eintritt frei! Eintritt frei!

Verband Hallischer Frauenvereine. 3941

Bekanntmachung.

Es ist wiederholt festgestellt worden, daß mit Waffen und Ausrüstungsstücken der Heeresverwaltung Handel getrieben wird. Das Generalkommando weist darauf hin, daß diese Gegenstände Staatseigentum sind und nicht verkauft werden dürfen. Im Interesse der öffentlichen Ordnung ist es erforderlich, daß diesem unberechtigten Handel mit allen Mitteln entgegengetreten wird. Von der ordnungsliebenden Bevölkerung wird erwartet, daß sie beim Bekanntwerden derartiger Fälle sofort den Polizeibehörden sowie den Arbeiter- und Soldatenräten Anzeige erstattet. Die genannten Organe werden alsdann mit den schärfsten Mitteln einschreiten. Geschäfte und Schankwirtschaften, in denen derartige strafbare Fälle festgestellt werden, haben behördliche Schließung und strenge Bestrafung der Inhaber zu erwarten.

Auf unrechtmäßige Weise in den Besitz einzelner Personen gelangte Waffen, Ausrüstungsstücke usw. militärischer Art sind der nächsten militärischen Dienststelle, oder wo eine solche nicht vorhanden ist, dem Magistrat bezw. Gemeindevorstand auszuliefern.

Magdeburg, den 20. 12. 1918.

Von seiten des Generalkommandos. Der Chef des Generalstabes. von dem Hagen, Oberstleutnant.

Der Exekutivausschuß des IV. A. K. Anders.

*2191

Unstreitig das Beste gegen **Läuse** u. deren Brut ist **Lausofan** 3451
— Erfolg garantiert. —
Neuer Preis Fl. 1.50 M.
Prompt. Vers. n. ausw.
Otto Kramer
Halle, Drogen u. Farben, Mittelwache 9/10.

Kyffhäuser-Technikum Frankenhausen
Maschb.- u. Elektr.-Ing., Werkm.-Abt.
Dir. Prof. Huppert
Wiederhol. Kurse f. Kriegsteiln. Mitte Jan. 1919. *2001

Därme
zum Hausschlachten, trockene und gesalzene, hat billig abzugeben 3216
Gust. Paproth,
Halle (S.), Kl. Ulrichstr. 1,
Darmhandlung. Tel. 2724.

Irrigatoren (Spülkannen) in allen Preislagen, **Gummi-Schläuche**, la. Fabrikat, **Damen-Binden**, gr. Auswahl, **Leibbind.**, **Verbandstoffe** (Friedensware), **Mull, Flanell, Trikotschlauch, Diakon- u. Benders Ideal-Binden, Spülapparate, Spülpulv., Gummi-Betteinlag.**

C. Klappenbach,
Gr. Ulrichstrasse 41.
Ecke Kapienberg. 2979

Amtliche Bekanntmachungen.

Die Verbrauchsmenge an Schlachtviehfleisch und Wurst, die in der Woche vom 29. 12. bis 5. 1. nächst. Jrs. bei den Fleischern auf Grund der Reichsfleischkarte entnommen werden darf, wird auf

200 Gramm

festgesetzt. Von den für diese Woche geltenden Fleischmarken können die gesamten Abschnitte zum Bezug von Schlachtviehfleisch oder Wurst bei den Fleischern, oder zur Entnahme von Fleischgerichten aus Schlachtviehfleisch in den Gast-, Schank- und Speisewirtschaften usw. verwendet werden. Grundsätzlich dürfen bei der Vollkarte nur auf 8, bei der Kinderkarte nur auf 4 Fleischmarken je 20 gr. Schlachtviehfleisch entnommen werden, während die übrigen (2 bezw. 1 Fleischmarke) lediglich zum Bezuge von Wurst berechtigen.

Halle, den 28. Dezember 1918. Der Magistrat.

Die Verbrauchsmenge an Roßfleisch und Wurst aus Roßfleisch, die in der Woche vom 29. Dezember bis 5. Januar nächsten Jahres bei den Roßfleischhändlern auf Grund der Reichsfleischkarte entnommen werden darf, wird auf

500 Gramm

festgesetzt. Von den für diese Woche geltenden Fleischmarken können die bei einem Roßfleischhändler als Kunden eingetragenen Haushalte die gesamten Abschnitte zum Bezuge von Roßfleisch oder Wurst verwenden. Grundsätzlich dürfen bei der Vollkarte nur auf 8, bei der Kinderkarte nur auf 4 Fleischmarken je 50 Gramm Roßfleisch entnommen werden, während die übrigen (2 bzw. 1 Fleischmarke) lediglich zum Bezuge von Wurst berechtigen.

Halle, den 28. Dezember 1918. Der Magistrat.

---

45 Gramm Margarine!

In der Woche vom 30. Dezember 1918 bis 5. Januar 1919 werden auf den Abschnitt 1 der Fettkarte für jede Person 45 Gramm Margarine in den Geschäften abgegeben, in denen die Käufer in die Butterkundenlisten eingetragen sind. Der Preis für 45 Gramm Margarine beträgt 19 Pfg. Der Verkauf erfolgt am Dienstag, den 31. Dezember und Donnerstag, den 2. Januar 1919. Die abgetrennten Abschnitte sind gebündelt dem Stadternährungsamt am Montag, den 6. Januar, abzuliefern.

Halle, den 27. Dezember 1918. Der Magistrat.

Der Verkauf von Quark

erfolgt am Montag, den 30. Dezember, auf den Abschnitt 7 für die eingetragenen Kunden bei dem Molkereibei. Arndt, Nikolaistraße 3, Milchhändler Harnisch, Schülershof 11 und in den Verkaufsstellen der Molkerei Merbitz, Freiimfelderstr. 8 und der Niemberger Molkerei, Beesenerstr. 1, an letzterer Stelle nur vormittags von 8—12 Uhr. Auf jeden Abschnitt wird ⅛ Pfund abgegeben. Die Abschnitte sind bis 2. Januar 1919 abzuliefern.

Halle, den 27. Dezember 1918. Der Magistrat.

Milchkarten-Ausgabe!

Vom Montag, den 30. Dezember bis einschließlich Sonnabend, den 4. Januar 1919, werden in den städtischen Markenausgabestellen zugleich mit den Brotmarken die neuen, vom 6. Januar ab gültigen Milchkarten für Kinder bis zu 6 Jahren, stillende Mütter und schwangere Frauen ausgegeben. Bei der Erneuerung der Milchkarten sind vorzulegen:

1. a) Der Lebensmittelschein des Haushalts, dem der Versorgungsberechtigte angehört, b) der Stamm der alten Milchkarte.

2. Wenn der Versorgungsberechtigte ist: a) ein Kind bis zu 6 Jahren: ein Altersnachweis (Geburtsschein, standesamtliche Geburtsurkunde; die Vorlegung des Impfscheines genügt nicht); b) eine stillende Mutter: eine polizeilich beglaubigte Bescheinigung der Hebamme, des Arztes oder der Säuglingsfürsorgestelle, daß die Mutter ihr Kind stillt, oder ein Ausweis der Krankenkasse darüber, daß Stillprämien gezahlt werden; c) eine Schwangere: eine Bestätigung des Arztes oder einer zur Ausübung des Hebammengewerbes zugelassenen Hebamme, daß Schwangerschaft in den letzten drei Monaten besteht.

Bei der Ausgabe der Milchkarten für Kinder ist für die Entscheidung der Frage, welche Menge von Milch dem betreffenden Kinde zukommt, der Geburtstag des Kindes bestimmend. Gelangt ein Kind während der Zeit, für welche die Milchkarte gilt, in eine Altersstufe, für die dann eine geringere Milchmenge vorgesehen ist, so bleibt es noch bis zum Ablauf der Gültigkeit der Karte im Genuß der größeren Menge.

Halle, den 28. Dezember 1918. Der Magistrat.

In der Woche vom 30. Dezember 1918 bis 4. Januar 1919 sind die Fleischerläden am 31. 12. von 7—5 Uhr und am 4. 1. von 7—6 Uhr für den Verkauf geöffnet.

Halle, den 28. Dezember 1918. Der Magistrat.

Eisleben.

Sozialdemokratischer Verein.

Sonnabend abend 8 Uhr, bei Fessel

Mitglieder-Versammlung.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist nötig.

*2198 Der Vorstand. J. A.: Christange.

Städtischer Verkauf von Käse

in der Talamtschule, am Montag, den 30. Dezember 1918. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 43001—45000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 45001—47500 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 55 Gramm zum Preise von 20 Pfennigen abgegeben.

Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld da bereit zu halten.

Halle, den 28. Dezember 1918. Der Magistrat.

Die Kuhhalter der hiesigen Stadt werden hiermit aufgefordert, das von ihnen zu führende Rindviehkataster über die Anzahl der bei ihnen vorhandenen Milchkühe, Spannkühe, männlichen Zugtiere und Kälber binnen 8 Tagen dem Stadternährungsamt, Markt 22, Zimmer 42 vorzulegen.

Halle, den 27. Dezember 1918. Der Magistrat.

Anmeldung von Kriegsgefangenen!

Diejenigen Betriebe, Unternehmer und Handwerksmeister, welche Kriegsgefangene beschäftigen, werden hiermit aufgefordert, dem Stadternährungsamt, Abteilung II, binnen 2 Tagen die Zahl der bei ihnen arbeitenden Gefangenen anzuzeigen. Die Meldung muß in der letzten Woche jedes Monats erfolgen.

Halle, den 27. Dezember 1918. Der Magistrat.

Auf Grund der Bekanntmachung vom 12. April und 24. Mai ds. Js. betr. die Kohlenversorgung für den Stadtkreis Halle für die Zeit vom 1. Mai 1918 bis 30. April 1919 wird folgendes bestimmt:

1. Während des Monats Januar gelten beim Einkauf kleiner Kohlenmengen von der roten Kohlenkarte die Nummern 19—26 als vorzugsberechtigt.

Die Händler sind verpflichtet an ihre Kunden auf jede dieser Nummern ½ Zentner Briketts ohne Rücksicht auf die Versorgung anderer Verbraucher abzugeben.

Bei genügendem Kohlenvorrat kann gleichzeitig auf mehrere der genannten Nummern Kohle abgegeben werden. Eine Verpflichtung der Händler besteht hierzu nicht.

2. Die Verbraucher sind verpflichtet ihren Bedarf bei demjenigen Händler zu decken, bei dem sie als Kunde angemeldet sind. Die vorzugsweise Abgabe von Kohle auf die noch nicht aufgerufenen Nummern ist verboten.

3. Die Händler sind verpflichtet an jedem Montag die in der vorhergehenden Woche belieferten Marken gleichzeitig mit der üblichen Wochenmeldung an die Ortskohlenstelle abzugeben.

4. Diese Bekanntmachung gilt als Ergänzung unserer Verordnung vom 12. April und 24. Mai ds. Js. Zuwiderhandlungen unterliegen den dort angeführten Strafen (Gefängnis bis zu 6 Monaten oder Geldstrafe bis zu 1500 M.)

Halle, den 23. Dezember 1918. Der Magistrat.

Die Regelung des Verbrauchs von Pferdefleisch

betrifft eine längere Bekanntmachung des Magistrats, aus der wir das Wichtigste hier zur Kenntnis unserer Leser bringen:

Die Abgabe von Pferdefleisch und Fleischwaren aus Pferdefleisch an Verbraucher, Gasthöfe, Schank- und Speisewirtschaften, Kantinen und ähnliche Betriebe sowie an Anstalten jeder Art regelt sich nach den folgenden Bestimmungen: Als Fleisch- und Fleischwaren gelten: 1. Das Muskelfleisch mit eingewachsenen Knochen von Pferden, 2. die Eingeweide der Pferde, 3. zubereitetes Pferdefleisch sowie Wurst und sonstige Dauerwaren aus Pferdefleisch.

Pferdefleisch- und Pferdefleischwaren dürfen nur gegen Vorlegung der Reichsfleischkarte und Abgabe von Fleischmarken von den Roßfleischhändlern an Verbraucher abgegeben und durch diese bei den Roßfleischhändlern entnommen werden. Die Verbrauchsmenge bestimmt der Magistrat allwöchentlich durch Bekanntmachungen.

Größere Mengen von Pferdefleisch als hiernach festgesetzt ist, darf weder ein Roßfleischhändler abgeben, noch ein Fleischkarteninhaber von Roßfleischhändlern entnehmen. Jeder Fleischkarteninhaber darf die festgesetzt Wochenmenge auf einmal oder in entsprechenden Teilmengen entnehmen. Er hat die der bezogenen Fleischmenge entsprechenden Abschnitte an den Roßfleischhändler abzugeben.

Jeder Fleischkarteninhaber ist berechtigt, entweder die nach der Festsetzung des Magistrats auf die Fleischkarte entfallende Menge von Schlachtviehfleisch bei dem Fleischer, bei dem er zur Kundenliste angemeldet ist, oder die nach der Festsetzung des Magistrats auf die Fleischkarte entfallende Menge von Pferdefleisch bei dem Roßfleischhändler, bei dem er zur Kundenliste angemeldet ist, zu entnehmen. Er kann auch für einen Teil der Abschnitte die diesen entsprechende Menge von Schlachtviehfleisch bei seinem Fleischer und für den Rest der Abschnitte die diesen entsprechende von Pferdefleisch bei seinem Roßfleischhändler entnehmen.

Jeder Roßfleischhändler ist verpflichtet, das vorgeschriebene Kundenverzeichnis zu führen und die darin eingetragenen Kunden zu befriedigen. Der Kunde ist nicht berechtigt, innerhalb der Gültigkeitsdauer der Fleischkarte sich bei einem anderen Roßfleischhändler in das Kundenverzeichnis eintragen zu lassen. Jeder Fleischkarteninhaber darf Pferdefleisch nur bei demjenigen Roßfleischhändler kaufen, in dessen Kundenverzeichnis er eingetragen ist.

Abgabe an Verbraucher in Gast-, Schank- und Speisebetrieben. Nur in denjenigen Gast-, Schank- und Speisebetrieben, welche bisher von der Polizeiverwaltung die Genehmigung zum Verkauf von Pferdefleisch erhalten haben, darf Pferdefleisch an Verbraucher verabfolgt werden. Die Abgabe kann vorläufig ohne Vorlegung der Reichsfleischkarte erfolgen. In den vorbezeichneten Betrieben ist in den aufgelegten Speisekarten oder in einem besonderen deutlich lesbaren Aushange bei den einzelnen Fleischgerichten das Gewicht in rohem Zustande zu vermerken.

Die Beamten der Polizei und die Beauftragten des Magistrats sind befugt in die Geschäftsräume der Personen, die gewerbsmäßig Pferdefleisch verabfolgen, der Gast-, Schank- und Speisebetriebe und der übrigen unter diese Verordnung fallenden Anstalten jederzeit einzutreten, dort Besichtigungen vorzunehmen und die Geschäftsbücher und sonstigen Geschäftsaufzeichnungen einzusehen. Die Gewerbetreibenden sind verpflichtet, den Beamten Auskunft über ihren Betrieb sowie über den Bezug und die Verabreichung von Fleischwaren zu geben.

Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung und gegen die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Die Verordnung tritt mit dem 30. Dezember 1918 in Kraft.

Sozialdemokr. Verein f. Halle u. d. Saalkr.

Sonnabend, 28. Dez., abds. 8 Uhr im Lokale von Pfeiffer in Sennewitz:

:: Mitglieder-Versammlung ::

Tagesordnung:
1. Unsere Aufgaben zur Wahl. 3987
2. Wahl des Distriktsführers.

Regen Besuch der Mitgl. erwartet Der Distriktsführer.

Sozialdemokratischer Volksverein (U. S. P. D.)

Distr. Querfurt u. Thaldorf.

Am Neujahrstag, den 1. 1. 1919

General-Versammlung

Referent: Genosse Sämisch-Schkeuditz, Kreissekretär.

Genossen und Genossinnen, die gewillt sind, dem Verein beizutreten, sind hiermit eingeladen. Ohne Buch und Karte kein Zutritt.

*2194 Der Distriktsleiter.

Wahlverein Delitzsch-Bitterfeld.

Bezirk Bitterfeld.
U. S. P. D.

Die Wahlleitung für den Bezirk Bitterfeld hat **Genosse Mauß, Bitterfeld, Dessauer Str. 12 (Tel. 9),** übernommen. Die Ortsvereine im Bezirk werden ersucht, sich wegen Versammlungen und Stellung von Referenten nur an diesen zu wenden. Die Vorsitzenden der Ortsvereine haben Ihre Adresse sofort dem Genossen Mauß zu melden. *2195

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Die bahnamtliche An- und Abfuhr von Gütern vom bezw. zum Bahnhof Halle-Klaustor der Halle-Hettstedter Eisenbahn wird mit dem 1. Januar 1919 der Firma Sillmann & Lorenz, hier übertragen.

Halle, den 24. Dezember 1918.

*2199 Halle-Hettstedter Eisenbahn.

DAS LEBEN OHNE HUMOR

ist jetzt noch weit weniger angebracht als früher. Verschaffen Sie sich deshalb unbedingt die Meggendorfer-Blätter, Zeitschrift für Humor und Kunst, die vierteljährlich nur Mark 4.— ohne Porto kosten. Die einzelne Nummer kostet 40 Pfg. Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder jedes Postamt für Mark 4.20 zuzüglich Bestellgeld oder direkt vom Verlag für Mark 4.50 vierteljährlich portofrei. Das Abonnement kann jederzeit begonnen werden. *2184

Verlag der Meggendorfer-Blätter
München, Perusastrasse 5.

Familien-Nachrichten.

Am Sonnabend, den 21. Dezember 1918, starb infolge Lungenentzündung unser lieber Genosse, der

Dreher
Willi Horst

im 26. Lebensjahre. *2192

Wir werden seiner in Ehren gedenken.

Die Genossen der U. S. P., Bezirk Sudenburg.
Die Bezirksleitung. J. A.: Robert Scherny.

Nachruf.

Arb.-Ges.-Ver. Lyra, Nietleben.

Dem grausigen Völkermorden fielen zum Opfer folgende Sangesbrüder:

Franz Plato,
Wilhelm Brink,
Hermann Müller.

In der Heimat verstorben: *2180

Friedrich Herbert.

Wir werden ihrer stets in Ehren gedenken!

Danksagung.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme und reichem Blumenschmuck beim Heimgange meines unvergeßlichen Gatten, unseres lieben, treusorgenden Vaters, Schwieger- und Großvaters, des Backers

Louis Stolze

sprechen wir hiermit allen Verwandten und Bekannten unsern herzlichen Dank aus. Dank Herrn Pastor Witte für die trostreichen Worte am Grabe, sowie der Firma Sillmann & Lorenz nebst Arbeitskollegen. 3946

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Witwe Luise Stolze und Kinder.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621918128-19/fragment/page=0008

Militaristische Korruption.

Das Kriegsministerium hat vor einiger Zeit gegen eine Zuschrift in unserem Blatte protestiert, in der behauptet worden war, es sei mit Beutegütern und Beutegeldern ungeheuerlicher Mißbrauch getrieben worden. Das Kriegsministerium glaubte, das Offizierkorps gegen derartige Behauptungen in Schutz nehmen zu müssen. Es hätte besser getan, über diesen Gegenstand zu schweigen. Denn jeder Tag deckt immer mehr die schmutzige Wirtschaft auf, die zahlreiche Offiziere, gestützt auf ihre Stellung, während des Krieges getrieben haben.

Gerade jetzt, wo das Offizierkorps sich erdreistet, gegen die Revolution ein immer frecheres Auftreten an den Tag zu legen, hat das Volk allen Grund, die Wahrheit über das eigennützige nur auf persönliche Vorteile berechnete Verhalten jener zu erfahren, die sich unter den alten Machthabern als die auserwählten Führer betrachteten und auch jetzt wieder zum Verderb der jungen Freiheit ihr Unwesen treiben.

Wir die Herren — ihr die Knechte! Das war das Signum des Verhältnisses zwischen Offizieren und Mannschaften im Felde und in der Garnison. Und dieser Gegensatz kam nicht nur während des eigentlichen Dienstes zum Ausdruck, sondern auch bezüglich des Essens, der Unterkunft, der Besoldung. Am schlimmsten trieben es dabei die Offiziere in der Etappe. Junge Leute, die in Friedenszeiten sich kaum eine Dachkammer leisten konnten, machten sich in den belgischen und französischen Schlössern breit, als seien sie dort eingeboren, indessen die Mannschaften in engen Räumen zusammengepfercht lagen und kaum einen Strohsack als Unterlage hatten. Sie waren besonders den kleinen belgischen Gemeinden eine schwere Last, da sie immer und immer wieder neue Ansprüche bezüglich der Unterbringung stellten und auf die Notlage der Gemeinden keinerlei Rücksicht nahmen. „Lieber noch zwei Kompagnien Soldaten als einen Offizier," sagte einmal ein belgischer Bürgermeister zu einem quartiermachenden Soldaten. Als die 17. Armee im Frühjahr 1918 nach dem Westen kam und dort ein neues Etappengebiet zugewiesen erhielt, war ihre erste und größte Sorge — das Kasino! Rücksichtslos mußten die schönsten Häuser geräumt werden, damit „Exzellenz" mit dem Gebotenen zufrieden war. Den Bewohnern wurde bekanntgemacht, daß die Offiziere Anspruch auf zwei Zimmer mit Straßenfront hätten, die Bewohner hätten die Hinterzimmer zu beziehen. In einem Städtchen von 7000 Einwohnern wurden nicht weniger als fünf Kasinos eingerichtet, zur Ausstattung fanden dauernde Requisitionen statt.

Dann die Schiebungen! Es ist bekannt, daß die Offiziere ständige Verbindung mit den Zivilkommissaren hatten, von denen sie zu einem Spottpreis Butter, Hülsenfrüchte, Zucker und andere schöne Sachen erhielten und in der Heimat verschoben. Aber es ging nicht nur in 10-Pfund-Paketen, sondern zentnerweise wanderten die Lebensmittel nach Deutschland, selbst ganze Waggonladungen sind verschoben worden. Es konnte der A.- und S.-Rat in Weimar vor einigen Tagen vier Waggons Lebensmittel beschlagnahmen, die aus der Etappe kamen und an einen Weimaraner General gerichtet waren. Ende Oktober liefen in Würzburg mehrere Waggons „Militärgut", an die Adresse eines dortigen Generals gerichtet, ein. Der Herr hatte im Sommer in Belgien und Nordfrankreich gebaut und noch gute Beziehungen nach dort erhalten. Die Oeffnung der Wagen ergab als Inhalt wertvolle Uhren, kostbare Möbel, Stoffe und andere Wertgegenstände, sowie 30 000 Frank in Goldgeld, Lebensmittel und sogar lebende Tiere. So faßte der Herr General den Krieg auf! Der Würzburger Arbeiter- und Soldatenrat hat sich jetzt der Angelegenheit angenommen und der leutemachende General wird hoffentlich seiner verdienten Strafe nicht entgehen.

Am schärfsten waren die Herren auf Butter! Die belgischen Landsturmbataillone können ein Lied davon singen. Während sie im letzten Sommer jeden zweiten Tag Stacheldraht mit Trockenkartoffeln erstellten, das dermaßen aus dem Kessel stank, daß selbst die Schweine es nicht fressen wollten — eine Tatsache, die durch Zeugen jederzeit bestätigt werden kann —, und als Abendkost nichts weiter als trockenes Brot verabreicht wurde, machten die Offiziere für 2 bis 3 Mark Fettlebe im Kasino, erhielten sie vom Zivilkommissar Butter und Milch zugewiesen, daß das Essen nur so im Fette schwamm. Die besten und billigsten Zigarren, Zigaretten, Weine und Liköre ins Kasino, die schlechtesten und teuersten Sachen in die Mannschaftskantine. Dabei erhielten die Herren noch pro Tag 10 Mk. Verpflegungsgeld aus dem belgischen Kontributionsfonds, die Mannschaften hingegen — 40 Pfennige! Das deutsche Volk wird auch jetzt diese Zeche mit zu bezahlen haben.

Zur Deckung des besonderen Bedarfs waren bei jedem Bataillon dauernd mehrere Leute unterwegs, die entgegen des strengen Verbots der deutschen Behörden Butter aufkauften — für die Offiziere! Sie wanderte dann nach Deutschland und wurde dort verschoben. Gegen Pfingsten 1918 wurden einem Mann des Bataillons Potsdam 35 Pfund geschmuggelter Butter abgenommen. Die Offiziere machten lange Gesichter, als der Mann mit leerem Korb und ohne Geld zurückkam. Aber sie hatten sich schnell gefaßt, schrieben an den Präsidenten der Buttergentrale nach Brüssel, daß die Butter zur Aufbesserung der Mannschaftskost bestimmt gewesen sei, und da die Stimmung der Mannschaften sehr unter der schlechten Kost zu leiden habe, auch zur Auffrischung des Durchhaltegeistes. Der Präsident fiel auf diesen Schwindel herein, die Butter war frei!

Auch der Schmuggel an der Grenze war ein Privileg für Offiziere. Während es den Mannschaften bei strenger Strafe verboten war, auch nur ein Stückchen Seife über die Grenze zu nehmen, verfahren die Herren Grenzoffiziere den Schmuggel im Großen. Sie waren extra dazu angestellt, an den Grenzübergangsstellen Schmuggelwaren aufzukaufen. Diese sollten an die Delgentrale abgeführt werden, aber dorthin kam meistens nur wenig, der Löwenanteil verfiel den Offizieren. Bei einem Prozeß gegen Soldaten, die bei Schmuggeln überführt waren, kam es ans Licht, daß nicht bloß die Bataillonsoffiziere, sondern selbst der Kriegschef und — Se. Exzellenz, der von der Schwerindustrie ausgehaltene Generalleutnant Keim, damals Gouverneur der Provinz Limburg in Belgien, dem Schmuggel oblagen. Die Herren erhielten denn auch den Zylinder, die Mannschaften wurden als Kanonenfutter an die Front abgeschoben.

Dies alles sind nur ein paar Beispiele. Jedenfalls sind die Offiziere — man kann ruhig sagen: in ihrer Gesamtheit — den Mannschaften ein sehr schlechtes Beispiel gewesen, und auf ihr Verhalten ist es zurückzuführen, daß die Demobilisierung der Truppen immer mehr um sich griff. „Warum sollen wir ewig den Dummen spielen!" hieß es allgemein unter den Mannschaften. Wenn daher in den ersten Tagen des Rückzuges Stiefel, Mäntel, Röcke, ja selbst Gewehre und Munition an die belgischen Zivilisten verkauft worden sind, wenn jede Achtung vor dem Eigentum gewichen war und mancher nur noch an seine eigenen persönlichen Vorteile dachte, so wollen wir nicht vergessen, daß das Verhalten der Offiziere den Anlaß dazu gab. „Wie der Herr, so's Gescherr," sagt ein Sprichwort und es ist nur zu bewundern, daß die Mannschaften von dem Beispiel des Eigennutzes der Offiziere nicht noch mehr angesteckt worden sind. Wären sie es, dann bestünden von den 9 Millionen Feldsoldaten 8 Millionen aus Schiebern, Schleichhändlern und Leutemachern. Hätten sie das gleiche brutale Gebaren den Zivilbewohnern der besetzten Gebiete gegenüber an den Tag gelegt, wie es die Offiziere beliebten, dann wäre auf lange Zeit hinaus an Versöhnung und Verständigung der kriegführenden Völker nicht zu denken. Das deutsche Volk wird ohnedies genug an den Folgen der barbarischen Taten dieser Herren zu leiden haben. Um so mehr hat es jetzt Grund, ihre Verbrechen aufzudecken, sie zu bestrafen und ihren Einfluß einmal für immer zu brechen.

Die Bewegung im Bezirk.

Stedten.

Am vergangenen Sonntag tagte im Hoffmannschen Saale eine vom Bund der Republikaner einberufene Volksversammlung. Der Redner, Dr. Stein aus Halle, glaubte hier leichtes Spiel zu haben und unter Berufung auf das sozialistische Programm Stimmenfang für die alten reaktionären Ausbeuterparteien betreiben zu können. Trotzdem in echt „demokratischer" Weise nur einem Redner der Unabhängigen das Wort in der Diskussion erteilt wurde, erlebten die Herren doch einen so gründlichen Reinfall, daß sie ihr Vorhaben, Dumme zu fuchen, wohl nicht wiederholen dürften. Das Ergebnis der Versammlung war die Gewinnung von 48 neuen Mitgliedern für die Unabhängige Sozialdemokratie.

Ramsin.

Eine gutbesuchte Versammlung fand am 1. Weihnachtsfeiertag im Neuholdschen Saal statt. Genosse Stammer-Bitterfeld referierte über: Die Revolution. Genosse Winder-Bitterfeld ermahnte die Anwesenden, sich dem Sozialdemokratischen Verein anzuschließen, das Volksblatt zu abonnieren und den Wahlfonds zu stärken. Nach einem kurzen Schlußwort des Genossen Stammer teilte Genosse Lüdner mit, daß jeden Sonnabend Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins, und nächsten Dienstag wieder öffentliche Versammlung mit einem anderen Referenten ist. Sorge daher heute schon ein jeder dafür, daß die Versammlung gut besucht wird.

Annaburg.

In der am Sonntag, den 22. Dezember, hier stattgefundenen Volksversammlung sprach Genosse Roggenbrot und Fräulein Till-Torgau über: Die gegenwärtige politische Lage. Genosse Roggenbrot schilderte in ausführlicher Weise die Ursache und Entstehung der Revolution und betonte, daß wir alle mit entschlossener Kraft arbeiten müssen, um die Errungenschaften zu verteidigen. Sodann sprach Fräulein Till. Sie ermahnte die Frauen eindringlichst, keiner bürgerlichen Partei ihre Stimme zu geben, sondern nur der Unabhängigen Sozialdemokratie. Mit einem Hoch auf die sozialistische Republik wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Werbt für das Volksblatt!

Das bevorstehende Weihnachtsfest und die anschließenden Tage und Wochen müssen vornehmlich dieser Tätigkeit dienen.

Seit dem Ausbruch der Revolution hat sich die Auflage des Volksblattes verdoppelt.

Das ist erreicht worden, ohne daß vom Verlag (wegen Papier- und Zeitmangel) dieser Abonnentengewinnung vorgearbeitet werden konnte. Aus eigenem Antriebe und nur vorwärts getrieben durch die Ereignisse der letzten Monate, durch die Versammlungstätigkeit usw. wurden

täglich tausende neuer Leser gewonnen.

Die Bevölkerung, besonders der Landorte, abonnierte in den letzten Wochen in steigendem Maße

das Volksblatt.

Am stärksten die Bergarbeiter-Bevölkerung der Mansfelder Kreise, wo bis zum Revolutionsausbruch Finsternis und Sklaverei am schlimmsten herrschte. Gerade hier findet auch die Werbearbeit für die Arbeiterpresse noch ein weites und fruchtbares Feld, wenn sie nur richtig angefaßt und planmäßig betrieben wird. Die Agitation sollte sich vor allem an alle aus dem Felde, den Etappen und Garnisonen zurückkehrenden richten. Die Verhältnisse sind diesen Absichten allerdings nicht günstig. Verkehrsschwierigkeiten und Papiermangel erschweren einen erschöpfenden Erfolg.

Das Ziel unserer Agitation muß sein, alle aus den Truppenformationen ausscheidenden Besitzlosen in unserem Bezirk als Volksblattleser zu gewinnen.

Durch Mitsprache mit unseren Zeitungsträgern, Vergleich der Abonnentenlisten und dergleichen hat jeder unserer Leser die Möglichkeit, dem Volksblatte neue Leser, ganz besonders aus den Reihen der heimkehrenden Soldaten zuzuführen.

Bedarf es hierzu besonderen Materials, so wende man sich an den Verlag,

die Austräger oder örtlichen Parteiinstanzen.

An den Verlag wende man sich auch,

wenn Mängel in der Zustellung der Zeitung vorhanden sind.

Berücksichtigen wollen jedoch alle außerhalb des Erscheinungsortes des Volksblattes wohnenden Leser, daß eine schnelle und regelmäßige Zeitungszustellung durch die mangelhaften Eisenbahn-Verkehrsverhältnisse ungünstig beeinflußt wird. Die Schuld liegt also meist nicht an den Austrägern, wenn die Zeitung ausbleibt. Diese müssen vielmehr infolge der traurigen Verkehrszustände viele vergebliche Wege machen und Zeit opfern, die ihnen nicht vergütet wird. Eins ermahne man ganz besonders immer wieder bei der Werbung neuer Volksblattleser. Das Volksblatt ist unter dem Belagerungszustande lange Zeit

für Militärpersonen verboten

gewesen. Alle Bemühungen des Verlags um die Aufhebung dieses Verbotes waren vergebens.

Jetzt, wo die Schranken gefallen sind, sollte jeder Arbeiter und „kleine Mann" das Volksblatt lesen!

Er dient damit nicht nur den Interessen seiner Klasse, sondern vor allem auch sich selbst.

Darum: Lest das Hallische Volksblatt und werbt für es!

Der Verlag des Volksblattes für Halle.

Wöhlitz.

In einer Volksversammlung, die im Gasthofe stattfand, sprach Genosse Oskar Fiedler-Schkeuditz über Revolution und Nationalversammlung. In Anschluß daran wurde eine Entschließung angenommen, die energischen Protest einlegt gegen die vom Kreise eingeführte Erwerbslosenfürsorge. Die Wöhlitzer Arbeiterschaft wünscht und fordert einen Arbeitsnachweis in Schkeuditz, an dem sich die umliegenden Orte beteiligen können; die jetzige Einrichtung in Merseburg ist für sie undurchführbar.

Petersroda.

Eine von Wählern beiderlei Geschlechts verhältnismäßig gutbesuchte Versammlung fand am 22. Dezember im Frohbergschen Gasthofe statt. Genosse Kunth-Petersroda sprach im Sinne der unabhängigen Sozialdemokratie und führte den Versammelten in eindringlichen Worten vor Augen, wie das alte Regime das Volk dem schrecklichsten Ruin überliefert habe. Jeder, der vier Jahre lang dieses furchtbare Kriegselend erlebt habe, müsse zu der Ueberzeugung gelangt sein, daß wir nicht wieder in die alte Knechtschaft zurückfallen dürften. Mit einer kräftigen Aufforderung zu unermüdlicher Agitation für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei und zu geschlossener Stimmabgabe am Wahltage, sowie einem Hoch auf die sozialistische Volksrepublik wurde die aufklärende Versammlung geschlossen.

Dommitzsch.

Eine öffentliche Versammlung, in welcher Gen. Werner vom Soldatenrat Torgau über die politische und wirtschaftliche Lage sprach, wurde in der Konzerthalle abgehalten. Den Ausführungen des Referenten wurde reicher Beifall gezollt. Gen. Bänisch erklärte, daß man doch den Beifall in die Tat umsetzen solle, und so wurde eine ganze Anzahl von Aufnahmen für die U. S. P. D. gemacht. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie erreichte die Versammlung ihr Ende.

Braunsdorf.

Am Sonntag, den 22. Dezember, hielt der Arbeiterrat des Amtsbezirks Bedra eine Volksversammlung im Dörgischen Gasthof zu Bedra ab. In treffenden Worten schilderte Genosse Max Schultze aus Schkeuditz den Zusammenbruch der alten Gewaltherrschaft. Mit großer Aufmerksamkeit lauschten die anwesenden Männer und Frauen den Ausführungen des Referenten über Revolution und Nationalversammlung und spendeten am Schlusse reichen Beifall. Genosse Lang ersuchte die Anwesenden, auf der Hut zu sein gegen gegenrevolutionäre Umtriebe. Im weiteren forderte er auf, Mitglied der U. S. P. und Leser der Arbeiterpresse zu werden. Seit der großen Umwälzung hat sich die Zahl der Volksblattleser verdoppelt und die Zahl der Parteimitglieder an 150 herangewachsen. Eine Zahlstelle der U. S. P. für Bedra und Umgegend wurde gegründet. Gewählt wurden folgende Genossen: Als Vertrauensmann Paul Tielemann, Schriftführer Rudolf Lang, Hauptkassierer August Tänzer. Die drei Genossen ersuchen, sich recht rege an den Arbeiten zur Nationalversammlungs-Wahl zu beteiligen.

Wer hamstert?

Bei einer vom Sicherungsausschuß des Soldatenrates Friedrichsdorf vorgenommenen Haussuchung, die sich vorläufig auf sieben Offizierswohnungen erstreckte, wurden folgende Lebens- und Genußmittel zutage gefördert:

20 000 Flaschen Wein, 800 Flaschen Rum, 800 Flaschen Likör und andere Schnäpse, 700 Flaschen Portwein, 85 000 Stück Zigarren, 40 000 Stück Zigaretten, 600 Pfd. Marmelade in Fässern, 1500 Dosen Konserven, 60 Dosen Milch (kondensierte) à 2 Pfd., 12 Ztr. Seifenpulver.

Der Soldatenrat von Friedrichsdorf bei Kiel hat sich aber auf die Offizierswohnungen nicht beschränkt. Er hält auch sonst eifrig Umschau. Und erfolgreich. Große Mengen von Wein und anderen geistigen Getränken zu vielen Tausenden von Flaschen, Zigarren, Zigaretten und Lebensmittel der verschiedensten Art wurden in Heftendorf bei Geschäftsleuten und in den Haushaltungen wohlhabender Einwohner an das Tageslicht befördert und beschlagnahmt, soweit es sich um rationierte Waren handelte oder der Verdacht des Schleichhandels, der Höchstpreisverletzung, des Wuchers oder der Steuerhinterziehung besteht.

Arge Mißstände wurden ferner auf ländlichen Besitzen und in Mühlen in der Nähe von Schönberg aufgedeckt: zahlreiche heimliche Schlachtungen von Schweinen und Rindern, deren Fleisch zu Wucherpreisen verkauft wurde, große Lager von Möbelfabriken, mit denen ebenfalls Wucher getrieben wird, ungeheure Mengen von Getreide, selbst aus der vorigen Ernte, die der Kontrolle der Reichsgetreidestelle entzogen waren, verbotenes Ausmahlen von Getreide. In den Ställen wurden zahlreiche Schweine von einem so stattlichen Gewicht gefunden, daß ein starkes Verfüttern von Korn unzweifelhaft stattgefunden haben muß. Niemand hat sich vorher um diese Dinge gekümmert, die ganz offen getrieben wurden.

Die Durchsuchungen werden fortgesetzt werden. Sie werden den damit Beauftragten übrigens nicht ganz leicht gemacht. Man wandte allerlei List an, um sie zu täuschen. Wenn sie auf einer Stelle ihre Arbeit getan hatten und sich an einen anderen Ort begaben, wurden zu verheimlichende Dinge hinterrücks an den durchsuchten Ort geschafft, wo man sie sicher wähnte. Ganz ist das jedoch nicht gelungen, denn es fielen dem Suchkommando auch auf diese Weise schätzenswerte Lebensmittel in die Hände.

So geht es jetzt Tag für Tag durchgang Deutschland überall, wo von den Arbeiter- und Soldatenräten Nachsuchungen gehalten werden. Ueberall kommen Lebensmittel und sonstige Gebrauchsartikel ans Licht. Wenn man Haus bei Haus beklagen könnte, würde noch vielmal mehr entdeckt werden. Die herrschenden Stellen duldeten Hamsterei und Schleichhandel, weil sie selbst und ihre Klassengenossen daran beteiligt waren. Sie haben das ganze Elend unseres Volkes verschuldet. Wir, die wir immer darauf hingewiesen haben, wurden gerüffelt und gebüttelt. Die alten Behörden haben der innerwirtschaftlichen Verluderung gegenüber ihre Pflicht nicht getan.

Um diese Schandwirtschaft zu bemänteln, werden von der bürgerlichen Presse jetzt die Arbeiter- und Soldatenräte beschimpft, sie verpulverten die Gelder des Volkes, während sie überall sich bemühen, die Sünden des alten Systems aufzudecken und, soweit es noch geht, wieder gutzumachen.

Wer die Hamsternester aufdeckt, wird von den Hamsterern geschmäht und verleumdet. (M. V.)

Briefkasten der Redaktion.

B. K. 100 in St. Wenn Sie glauben, das Kündigungsrecht des Hauswirts sei überhaupt aufgehoben, so sind Sie im Irrtum. Wenn Sie gekündigt bekommen, können Sei das Mieteinigungsamt (das dort zuständige Amtsgericht) anrufen, aber innerhalb einer Woche. Dieses kann die Kündigung aufheben.

Fr. M. in S. Da Sie erst am 18. November entlassen worden sind, haben Sie bestimmt Anspruch auf den Entlassungsanzug. Wenden Sie sich dieserhalb an das Ersatzbataillon, das Sie entlassen hat.

W. W. 100. Wegen der Forderung wäre der Feldwebel bei dem für ihn zuständigen Amtsgericht zu verklagen. Schreiben Sie an dieses, damit er zunächst einen Zahlungsbefehl erhält.

E. H. Entlassung. Wenn Sie nicht ausdrücklich verzichtet haben, müssen Sie die Löhnung weiter bekommen. Die Familienunterstützung erhalten Sie nur dann weiter, wenn Ihre Familie „bedürftig" ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219181228-19/fragment/page=0009

Geselligkeitsverein „Floria".

Sonntag, 29. Dezbr., im großen Saal der Bergschänke

Kränzchen.

Anfang 4 Uhr. 3924 Anfang 4 Uhr.

Arbeiter-Gesangverein Lyra, Nietleben.

Sonntag, den 5. Januar, nachmittags 3 Uhr, im **Gasthof zur Sonne:**

Mitgliederversammlung.

Hierzu sind alle **früheren Mitglieder** und alle Partei- und Gewerkschafts-Genossen, **die sich dem Gesangverein** anschließen wollen, eingeladen.

*2181 **Der Vorstand.**

Gasthof zur guten Quelle, Lettin.

Sonntag, den 29. Dezember, von 3 Uhr an:

Tanzkränzchen. *2183

Kaffee und Kuchen. ff. gutgepflegte Biere.

Es ladet ergebenst ein Ri[illegible] Kunst.

Achtung! Achtung!

Deutscher Kaiser, Diemitz.

Morgen, **Sonntag**, den 29. Dezember *2182

-:- **Großes Tanz-Kränzchen.** -:-

Anfang 4 Uhr. **Der Vorstand.**

Pelze

in allen Fellarten als: **Marder, Fuchs, Alaska, Skunks, Iltis, Nerz etc.,** von den einfachsten bis zu den elegantesten Modellen, kaufen Sie jetzt noch zu vorteilhaften Preisen, ebenso

Pelz- und Velourhüte

in großer Auswahl

zu sehr billigen Preisen

*1964 nur im

Pelzhaus Rosenberg,

Halle (S.), Gr. Ulrichstr. 6–8, Fernsprecher 4203.

Beachten Sie gefl. meine Ausstellung.

— Sonntags geöffnet. —

Zur Osterversetzung

ert. erfolgr. wissensch. Lehrer gewissenh. Nachh. in all. Fächern all. höheren u. mittleren Schul. Feinste empfehl. von Eltern u. Lehrern. Alle Schüler erreichten ihr Ziel. Mäss. Preis. Nachfr. unter **S. B. 6314** an **Rudolf Mosse,** Brüderstrasse 4. *2073

Bekanntmachung.

Nachdem durch die Verordnung zur Abänderung der Verordnung über die

Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung

vom 19. Dezember 1918 (R. G. Bl. S. 1441) der Wahltag zur deutschen Nationalversammlung auf den 19. Januar 1919 vorverlegt ist, gebe ich in Abänderung meiner Bekanntmachung vom 18. ds. Mts. (Regier.-Amtsblatt S. 297) hierdurch bekannt, daß nach § 3 Abs. 1 der Abänderungsverordnung die Wahlvorschläge

spätestens bis zum 4. Januar 1919

bei mir eingereicht sein müssen.

Die Verbindung mehrerer Vorschläge miteinander muß von den Unterzeichnern oder ihren Bevollmächtigten übereinstimmend

spätestens am 12. Januar 1919,

als dem 7. Tage vor dem Wahtage, mir schriftlich erklärt werden; nur bis zu diesem Termine können auch die Mängel der Wahlvorschläge und ihrer Verbindungen beseitigt werden.

Merseburg, den 21. Dezember 1918.

Der Wahlkommissar für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen National-Versammlung. 13. Wahlkreis.

3954 Dr. **Knoblauch,** Regierungsrat.

Bringe hiermit mein 3866

Papier- u. Schreibwarengeschäft

in empfehlende Erinnerung.

Gefütterte Briefkassetten, Schreibmappen, Brieftaschen, Geldscheintaschen usw. — Sämtl. Schulartikel.

Ansichts- und Künstlerkarten stets grosse Auswahl.

Willy Fink, Mittelwache 1, Ecke Mauerstr.

Böttcherei A. Hoske

Meckelstraße 5 Brunoswarte 23 Lessingstraße 32

Größtes Lager von Waschgefäßen aller Art.

Reparaturen

dauerhaft und billig. Freies Abholen und Zustellen. Eigenes Geschirr über Land. 3117

Dr. Voss,

Facharzt für Haut-, Harn- und Geschlechtskrankheiten

Arzt für alle Kassen *2167

Leipziger Str. 58 (Ecke Riebeckplatz)

hat seine Praxis wieder aufgenommen.

Die Sprechstunden werden infolge Kohlenmangels bis auf weiteres täglich 9—11 und 2—4 **in der Heilanstalt Weidenplan** abgehalten.

Habe mich als selbständiger Dentist hier niedergelassen und halte Sprechstunden von 9—1 und 2—6, Sonntags 10—12 Uhr.

Eugen Renftle,

3896 **Dentist,**

Lessingstrasse 8. — Fernsprecher 3986.

Künstliche Zähne, Kronen, Brücken, Regulierungen, Behandlung kranker Zähne usw.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Oeffentliche

Frauen-Versammlung

am **Montag,** den **30. Dezember,** abends **8 Uhr,** im **Volkspark,** Burgstraße 27,

und in **Ammendorf,** im **Lokal von Helm.**

Genossin **Hennig, Leipzig,** und Genossin **Fahrenwald** sprechen über:

Die Wahlen zur Nationalversammlung und die Frauen.

Frauen und Mädchen! Zum erstenmal tretet ihr an den Wahltisch, um über das Wohl und Wehe des deutschen Volkes mit zu entscheiden. Da müßt ihr euch entschließen, wem ihr am Wahltag die Stimme geben wollt. Unterrichtet euch in unseren Versammlungen, wie wir eure Interessen vertreten wollen.

Darum: Auf zur Versammlung. **Der Einberufer:** Hildebrandt.

In allen Wählerversammlungen wird zur Deckung der Unkosten Eintrittsgeld erhoben.

Seht die Wählerlisten ein.

Wer nicht in der Liste steht, kann nicht wählen. .936

Unsere Wahlleitung befindet sich

Harz 42/44", Zimmer 23 und 24.

Anmeldungen zur Eintragung in die Wählerliste werden dort entgegengenommen.

Gratis erhält die Schrift „Bilz: Wie ich mich 77 Jahre kerngesund und jung und ohne Falten im Gesicht erhielt", wer beide Bücher kauft.

Erdenelend, Befreiung davon durch ein neues Staatssystem. Inhaltsauszug: [illegible] Kriege. Grundzüge eines neuen Staatseinrichtung. Das [illegible] jedem Menschen ein ausreichendes Gehalt auf Lebenszeit. [illegible] Arbeitszeit für alle. Ehe oder freie Liebe u. Naturehe. Frauenemanzipation. Vermeidung v. Krankheit u. Siechtum. Eine Lüge ist schon gegründet.

Tote leben! und beschreiben das Jenseits. Mit 22 Geisterphotographien. Inhaltsauszug: Spiritismus. [illegible] Erscheinungen u. Tischrücken. Verkehr mit Verstorbenen. Geister beantworten Fragen. Erlebnisse nach dem Tode. Himmelsreisen eines Somnambule [illegible].

Preis je 4 M., geb. 6 M., Porto je 20 Pf. Zu bez. d. Bilz' Sanatorium, Dresden-Radebeul. Bilz' Verlag, Leipzig, u. alle Buchhdl. Ausführl. Prospekt frei. *1996

Zigaretten

100 Stück **8.50** Mk.

— wieder eingetroffen. —

8931

Felixbrodt, Rannischestr. 12, Laden.

Achtung Hausfrauen! Geld liegt in allen Winkeln.

Zahle für

Lumpen, Wolle, Knochen, Papier sowie **Rosshaare** und **Felle** höchste Tagespreise.

Alles für Heereszwecke.

Hole auf Wunsch auch selber ab. 2194

Paul Günther, Rohprodukten, **Taubenstr 8,** Hof, hinten links.

Tel. 6176. Alles wird streng reell gewogen! Tel. 6176.

Möbel 3386

hauptsächlich **Schlafzimmer-Einrichtungen,** bestehend aus: Schrank mit oder ohne Spiegel, Waschkommode mit Spiegel und Marmor oder Waschtisch, 2 Bettstellen, 3 teilige Auflage und Patentmatratzen, mit oder ohne Nachtschränkchen liefern wir in jeder Preislage

auf Teilzahlung

auch **Küchen** in vielen Farben und Mustern von Mk. 350 bis 1250.

Grosse Auswahl in einzelnen Möbeln.

Bequeme wöchentliche oder monatliche Ratenzahlungen, die möglichst nach Wunsch der Käufer festgesetzt werden.

Eichmann & Co.,

Halle (Saale),

Grösstes Waren- und Möbel-Kredithaus,

Grosse Ulrichstrasse 51,

Eingang Schulstrasse.

Das Gute

Scheffelbrot

ist durch Zuführung wichtiger Nährsalze leicht verdaulich, gut bekömmlich, schmackhaft und gesundheitsfördernd.

Demnach ein wichtiges

Volksnahrungsmittel.

Verlangen Sie deshalb überall das Gute

Scheffelbrot

Scheffelbrot-Werk, Halle-S., Fernruf 4041.

3918

Wassersüchtige! Nur **Hydropsial,** amtlich giftfrei befunden, bringt garantiert schmerzlose Entleerung. Anschwellungen schwinden, Atem wird leichter, Herz ruhig, Druck im Magen verliert sich. Orig.-Flasche mit Anweisung Mk. 5.75, wird auf Bestellung zugef. **Hirsch-Apotheke.** *1996

Verleih

von eleganten Gehrock-, Frack- und Smoking-Anzügen. 3987

A. Brandt, Hackebornstr. 1.

Konsumverein für Lieskau und Umgegend, e. G. m. b. H.

Bilanz vom 30. September 1918.

Aktiva.

		M
Betriebswerte:		
An Warenbestand	14 600,— M	
„ Inventarkonto	1,— „	14 601,—
Angelegte Werte:		
An Anteil bei der GEG	1 960,65 M	
„ Anteil bei der Verlagsgesellschaft	692,04 „	2 652,69
Grundbesitz:		
An Grundstückskonto		11 000,—
Verfügbare Werte:		
An Kassenbestand	179,97 M	
„ Bankkonto	27 210,— „	
„ Sparkassenkonto	6 976,94 „	34 866,91
Summa:		62 620,60

Passiva.

		M
Genossenschaftsvermögen:		
Per Reservefonds	3 434,— M	
„ Spezialreservefonds	2 200,— „	
„ Hausbaufonds	2 500,— „	
„ Geschäftsguthab. d. Genossen	2 735,70 „	
„ Bildungsfonds	266,29 „	11 135,99
Aufgenommene Betriebswerte.		
Per Spareinlagen	35 762,87 M	
„ Hausanteile	4 400,— „	
„ Kautionen	1 000,— „	41 162,87
Grundstücksbelastung:		
Per Hypotheken		5 000,—
Verbindlichkeiten:		
Per Rabattspargutbaben		1 971,93
„ Ueberschuß		3 349,81
Summa:		62 620,60

Mitgliederbewegung.

Bestand am Anfange des Geschäftsjahrs		143 Mitglieder
Ausgeschieden durch Tod	6 Mitglieder	
„ „ Ausschließung	3 „	9 „
Summa		134 Mitglieder
Eingetreten im Laufe des Jahres		8 „
Bestand am Schlusse des Geschäftsjahrs		142 Mitglieder

Die Geschäftsguthaben der Mitglieder

betrugen am 1. Oktober 1917	2650,28 M
Sie betrugen am 30. September 1918	2735,70 „
und vermehrten sich also um	85,42 M

Die Haftsumme der Mitglieder

betrug am Anfange des Geschäftsjahrs	2860,— M
Im Laufe des Jahrs vermehrte sie sich um	160,— „
Summa	3020,— M
Die Haftsumme verminderte sich durch Austritte um	180,— „
Am Jahresschlusse verblieben	2840,— M

Der Vorstand.

*2187 Albert Kurze. Aug. Knaut. Fr. Knaut.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219181228-19/fragment/page=0010